

# Volkswacht

## für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfau“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blumstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5, Matthiasstr. 100, sowie durch alle Zusatzer, zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rm. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rm., monatlich 1,75 Rm. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rm. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,48 Rm.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Klagges gegen das Recht

## Er hebt die Anordnung des Reichsinnenministers auf Aufhebung des Verbots des Braunschweiger „Volkfreund“ wieder auf

Braunschweig, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)  
Auf die Entscheidung des Reichsinnenministers über das Verbot des Braunschweiger „Volkfreund“ hat Reichsminister Klagges am Sonntag mit folgendem Schreiben an den „Volkfreund“-Verlag reagiert:  
„Gegen die Entscheidung des Herrn Reichsministers des Innern vom 29. d. Mts. habe ich den vierten Strafsenat des Reichsgerichts angerufen. Da somit eine rechtsgültige Entscheidung noch nicht vorliegt, darf der „Volkfreund“ zunächst noch nicht erscheinen.“  
Die Entscheidung des Reichsministers des Innern lautete auf Aufhebung des „Volkfreund“-Verbots zum 1. November. Diese Entscheidung hat Herr Klagges natürlich nicht gepakt. Also hob er die Entscheidung des Reichsministers von sich aus selbstherrlich auf und dekretierte, daß der „Volkfreund“ entgegen dem Sinn der Notverordnung, auf die sich das Verbot stützt, und entgegen dem klaren Wortlaut der Entscheidung, des Reichsinnenministers noch nicht erscheinen darf. Das ist ein Affront gegen eine gesetzmäßige Verfügung der Reichsregierung, deren nur ein Reichsminister fähig ist.

Nazi-Franzen, in das richtige Licht gerückt. Als der Braunschweiger „Volkfreund“, also das gleiche Blatt, das dieser Tage den Herrn Klagges in Braunschweig erregt hat, seinerzeit — um mit Herrn Franzen zu reden — zum „Schultritt“ aufforderte, wurde er verboten. Der Reichsminister des Innern half der Reichsinnenminister durch eine Verkürzung der Verbotsdauer ab. Der Jurist und Reichsminister Franzen erhob gegen die Verkürzung des Verbots, wie es die Notverordnung zuläßt, Beschwerde beim Reichsgericht. Darauf, daß dadurch die Entscheidung der Reichsregierung bis zum Beschluß des Reichsgerichts auszuwirken und nicht rechtsgültig werden würde, ist der Jurist Franzen nicht verfallen. Diese spießbüdige Juristerei blieb einem nationalsozialistischen Korrektor vorbehalten.  
Die Annahme des Herrn Klagges läuft auf einen Rechtsbruch und eine Verhöhnung der Autorität des Reichsinnenministers.

ja der gesamten Reichsregierung hinaus, wie sie sich bisher kein Land erlaubt hat. Vielleicht wäre Herr Klagges weniger dreist und anmaßend gewesen, wenn ihm wegen der blutigen Verfälle anlässlich des Nazi-Treffens in Braunschweig vom Reich bereits das Notwendige eröffnet worden wäre. Seine neueste Rechtsbeugung zeigt, wohin es führt, wenn man Leuten wie Klagges in Amtsstellung nicht rechtzeitig und dazu gehörig auf die Finger zeigt.

Wird der Reichsinnenminister wenigstens jetzt eingreifen und seine Anordnungen mit allen Mitteln durchsetzen?  
Praktisch liegen für uns die Dinge so, daß der Braunschweiger „Volkfreund“ vom Reichsminister des Innern das Recht hat, ab 1. November wieder zu erscheinen. Diese Verfügung kann vom Reichsgericht korrigiert werden. Die anmaßende Korrektur des Herrn Klagges hat keine Rechtsgültigkeit. Der „Volkfreund“ kann also und wird ab sofort wieder erscheinen. Was aber wird Herr Groener tun, um dieses Erscheinen gegen eventuelle neue Annahmen des Herrn Klagges unter allen Umständen sicher zu stellen?  
Die Frage, die jetzt für Herrn Groener, ja für die Reichsregierung zur Entscheidung steht, ist eine eminent politische. Sie lautet nicht dahin, ob der „Volkfreund“ einen Tag früher als es in Aussicht gestellt war, erscheinen kann oder nicht, sondern dahin, ob ein Landesminister entgegen den klaren Entscheidungen eines Reichsministers tun und lassen kann was er will.

Am Abschnitt 3, § 13 Absatz 2 der Notverordnung vom 8. März 1931 heißt es, daß der Reichsminister des Innern der Verbot eines Blattes gegen sein Verbot „abheben“ kann. Das heißt, daß der Reichsminister des Innern ein Zeitungsverbot aufheben und abkürzen kann. Darüber gibt es unter den Juristen der Reichsregierung nicht die geringste Meinungsverschiedenheit, und in dieser Beziehung dürften auch die Richter des Reichsgerichts mit den Juristen des Reichs einig gehen. Wäre der betreffende Fall nicht so auszulegen, daß der Reichsminister des Innern Zeitverbote aufheben und abkürzen kann, dann wäre er hilflos und damit überflüssig, dann würde er in der Praxis schließlich darauf hinauslaufen, den Reichsminister des Innern von Fall zu Fall als Puppe in der Hand der Länderregierungen erscheinen zu lassen. Und das sollte der Sinn einer Gesetzgebung sein, die vom Reich ausgeht und an deren Inhalt und Wortlaut die Juristen des Reiches maßgebend beteiligt sind? Das zu glauben ist wiederum nur Herr Klagges fähig.  
Nebst dem wird die neueste Annahme des Herrn Klagges durch keinen anderen als durch seinen Vorgänger, Herrn

# Klagges tritt einen kläglichen Rückzug an

## Er gestattet unter dem Druck des Reichsinnenministers das Erscheinen des „Volkfreund“ wieder

Berlin, 2. November. (Eig. Funterbericht.)  
Der braunschweigische Naziminister Klagges hat bereits am Sonntag einen kläglichen Rückzug antreten müssen.  
Am Sonntagabend übermittelte er dem Verlag des Braunschweiger „Volkfreunds“ unter Bezugnahme auf die Verkürzung des Verbots des Braunschweiger „Volkfreunds“ durch den Reichsinnenminister eine Verfügung, in der es heißt, daß er gegen die Entscheidung des Reichsinnenministers den vierten Strafsenat des Reichsgerichts angerufen habe und der „Volkfreund“ insofern zunächst noch nicht erscheinen könne. Diese Verfügung hat Klagges nicht einmal 24 Stunden aufrechterhalten können. Am Sonntag morgen mußte er unter dem Druck des Reichsinnenministers einen kläglichen Rückzug antreten und auf den zweiten Satz seiner Verfügung, nach dem der „Volkfreund“ zunächst noch nicht erscheinen sollte, verzichteten.  
Der „Volkfreund“ wird also am Montag wieder erscheinen und die Mitarbeiter des Herrn Klagges in letzter Zeit bzw. seinen Rücktritt in das gebührende Licht rücken.  
Die Rückzugsverfügung des Herrn Klagges lautet:  
„Auf Ersuchen des Reichsministers des Innern, das mir heute fernmündlich durch die Braunschweigische Gesandtschaft übermittelt wurde, nehme ich meine Mitteilung vom gestrigen Tage, nach der der „Volkfreund“ bis zur Entscheidung des Reichsgerichts nicht erscheinen dürfe, hiermit zurück, allerdings nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt aller Rechte, insbesondere der Entscheidung des Reichsgerichts. Hiernach habe ich bis auf weiteres nichts dagegen einzuwenden, wenn der „Volkfreund“ ab morgen wieder erscheint.“

Reichsminister des Innern dann gemäß seiner Anordnung über die Verkürzung des „Volkfreund“-Verbots bestimmte Maßnahmen zur Sicherstellung der Zeitung für die Abonnenten hätte ergreifen müssen. Auf diese Konsequenz hat es Klagges nicht ankommen lassen. Er ist zu Kreuzes gefahren und hat seine Verfügung zurückgezogen, obwohl er sich von allem Anfang an bei einiger Ueberlegung hätte im klaren darüber sein müssen, daß sein Affront gegen den Reichsinnenminister mit einem kläglichen Fiasko enden würde.  
Die Klagges hat auch der Naziminister Fried in Thüringen darauf los verfügt und seinen Gefühlen freien Lauf gelassen. Das Ende war, daß auch er einen Rückzug nach dem anderen antreten mußte. Das ist eben nationalsozialistisch. Nur stelle man sich vor, was erit werden sollte, wenn die Herren vom Dritten Reich in der Außenpolitik so hauen dürften, wie sie es zurzeit in Braunschweig können und früher in Thüringen gedurft haben.

Warum dieser Rückzug? Er ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Braunschweiger „Volkfreund“ am Montag auch trotz des Verbots des Herrn Klagges erscheinen wäre, und zwar in diesem Falle gemäß der Entscheidung des Reichsinnenministers. Die braunschweigische Regierung ist darauf von den zuständigen Berliner Stellen ausdrücklich aufmerksam gemacht worden. Es hätte sich also für den Fall, daß die letzte Verfügung des Naziministers Klagges aufrechterhalten wäre, der Zustand ergeben, daß der „Volkfreund“ erschienen wäre, Klagges die Ausgabe in Durchführung seiner Anordnung hätte beschlagnahmen und der

# Die G.A.S. zur Bierwirtschaftskrise

## Eine einstimmige Entschliessung des Büros der Internationale — Sympathieundgebung für die englische Arbeiterpartei und die polnischen Sozialisten — Gegen Japans Gewaltpolitik

Paris, 2. November. (Eig. Funterbericht.)  
Das Büro der Sozialistischen Internationale hat am Sonntagabend nach einer langen und zum Teil heißen Debatte einstimmig eine ihr von Leon Blum unterbreitete Entschliessung über die Wirtschaftskrise angenommen. In der Entschliessung heißt es u. a., daß der Zusammenbruch der Weltwirtschaft nicht auf die Aktionen der Arbeiterregierungen und Arbeiterparteien zurückzuführen ist. Sie erklärt, daß er eine endgültige Beurteilung des kapitalistischen Systems bedente, denn der Kapitalismus habe sich als unfähig erwiesen, die Probleme zu lösen, die er selbst aufgeworfen hat.  
Er könnte teilweise und provisorische Maßnahmen zur Beseitigung der Krise nur auf dem von dem Sozialismus vorgeschriebenen Wege suchen. Die Wirkungen der Wirtschaftskrise seien durch die Währungs- und Kreditkrise vermehrt worden. Nur eine internationale Verständigung könne die Devisenspekulation verhindern. Nur eine internationale Organisation könne endgültig die Währungen stabilisieren, die kurzfristigen Kredite konsolidieren, die Schwierigkeiten beseitigen, die sich aus dem Mangel an der schlechten Verteilung des Geldes ergeben und die erneute Prüfung des Schulden- und Reparationsproblems ermöglichen. Es sei absurd und irreführend, das Heilmittel in einer Verringerung des Ertrages des Produktionsapparates zu suchen. Die einzig vernünftige und wirksame Anstrengung müsse darauf hingedrungen, den Verkauf und den Warenumfang anzuspornen. Erhöhung der Kaufkraft, rationelle Verteilung des Kredits an die Nationen, deren Lebensniveau herabgedrückt ist und Herabsetzung der Zollschranken seien die wesentlichsten Bedingungen für eine Überwindung der Krise. Damit sei notwendigerweise die Aufrechterhaltung der

# Deutschland und Frankreich für das Rüstungsfeierjahr

Paris, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)  
Der Quai d'Orsay hat dem Völkerbundssekretariat am Sonntagabend mitgeteilt, daß Frankreich sich dem Vorschlag der Völkerbundsversammlung auf Einführung eines Rüstungsfeierjahres anschließt. Soweit dieser Waffenstillstand von den Nachbarländern beachtet werde, sei Frankreich ebenfalls bereit, ihn gleichfalls durchzuführen und zwar gemäß den Bedingungen, die in dem die Entschliessung des Völkerbunds begleitenden Bericht festgelegt sind.  
Die Reichsregierung hat inzwischen in Genf ebenfalls wissen lassen, daß sie sich an dem am 1. November beginnenden Rüstungsfeierjahr beteiligt.

# Hoeh nach Paris zurückgereist

Der deutsche Botschafter in Paris von Hoeh ist am Sonntagabend nach längeren Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt nach Paris zurückgereist. Am Dienstag wird von Hoeh von dem bis dahin aus Amerika zurückgekehrten französischen Ministerpräsidenten empfangen.

# Schließung von Stahlhelm- und Nazifabriken

Bei einer Hausdurchsuchung im Fürstenwalder Erwerbslosenheim des Stahlhelms waren Waffen gefunden worden. Der erste Bürgermeister in Fürstenwalde als Ortspolizeibehörde hat daher auf Grund der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen die dringliche polizeiliche Schließung des Erwerbslosenheims des Stahlhelms angeordnet. Gleichzeitig hat er auch das Erwerbslosenheim der Nationalsozialisten schließen lassen, weil zu besorgen sei, daß diese Räume als Stützpunkte für politische Gewalttätigkeiten benutzt werden könnten. Die Insassen der Heime sind durch Polizei aus den Heimen entfernt worden; die Heime wurden versiegelt.

# Ihre ganze Weisheit ist Zollerhöhung

Seit einiger Zeit setzen die deutschen Heringsfischereien das Reichsernährungsministerium unter Druck. Sie verlangen eine Erhöhung der Heringszölle von 3 auf 6 Mark. Natürlich erklären sie daß eine Verteuerung dieses so wichtigen Volksernährungsmittels durch die Zollerhöhung nicht entziehen werde. Man beachtliche nur, die Heringszollerhöhung zugunsten einer Ausweitung der deutschen Heringsfischerei herabzudrosseln.

Deutschland ist der größte Heringskonsument Europas. Es verbraucht jährlich 125 Millionen Fuh Salzheringe, wovon durch die deutschen Heringsfischereien nur 250 000 Fuh beschafft werden. Vier Fünftel des deutschen Heringsbedarfes werden eingeführt. Bei dieser Verlorungsbilanz ist es ganz ausgeschlossen daß eine Zollerhöhung von 3 auf 6 Mark pro Fuh vom Ausland getragen wird. Der wahre Grund für die Wünsche der Heringsfischereien liegt auch gar nicht in der Abtucht nach einer Verdrängung der Heringsfischerei, sondern in der Sorge, daß das Reich wegen seiner schlechten Finanzlage den Heringsfischereien vielleicht im nächsten Jahre die bisher zur angeblichen Aufrechterhaltung der Betriebe gezahlten Fangprämien nicht mehr weiter geben könnte. Die vom Reich gezahlte Fangprämie beträgt je Fuh 2 Mark. Durch eine Verdoppelung der Zollentnahmen von knapp 3 Millionen auf 6 Millionen Mark wollen sich die Heringsfischereigesellschaften die Weiterzahlung vielleicht aber auch noch eine Erhöhung der Fangprämien sichern.  
Die Stellung der Sozialdemokratie zu diesen Zollerhöhungswünschen ist eindeutig. Sie wird jede Zollerhöhung bei Herings, die ein wichtiges Volksernährungsmittel darstellen aufs schärfste bekämpfen.

Der „Volkfreund“ wird also am Montag wieder erscheinen und die Mitarbeiter des Herrn Klagges in letzter Zeit bzw. seinen Rücktritt in das gebührende Licht rücken.

Löhne, die Kürzung der Arbeitszeit, die Ausföhrung großer internationaler Arbeiten, der Ausbau der Arbeitergesetzgebung und die Erhöhung des Arbeiterwohlstandes verbunden.

Der Schluss rüst die Entschloßung der Arbeiter zu einer internationalen Aktion auf. Die Formen dieser Aktion könnten zwar nicht überall gleich sein, sondern müßten sich nach den politischen Bedingungen und der Natur der Widerstände in den verschiedenen Ländern richten. Aber die Aktionen müßten in ihrem Wesen und in ihren Zielen einheitlich bleiben. Die Rundgebung schließt:

„Die solidarischen Anstrengungen, die der Kapitalismus zu seinem eigenen Heil nicht liefern kann, werde die Arbeiterklasse zu ihrer Verteidigung und Befreiung vorbringen.“

Das Büro der Internationale beschloß ferner einstimmig die Absendung eines Telegramms an den Vorsitzenden der englischen Arbeiterpartei, Henderson, in dem die Konferenz die Partei und

Henderson dazu begrüßwünscht, daß die gegen die Koalition aller antisozialistischen Kräfte den „Blut der Arbeiterklasse unverehrt aufrechterhalten und in einer äußerst schwierigen Lage die Ehre des englischen Sozialismus gerettet haben. Ein weiteres Telegramm wurde an das Zentralorgan der polnischen Sozialisten, den „Robotnik“, abgeandt, in dem das Büro Dr. Liebermann und die anderen Angeklagten dazu begrüßwünscht, daß sie trotz der in Breslau-Litowit erlittenen Märtern ihre moralischen Kräfte bewahrt haben und feststellte, daß die lächerliche und absurde Anklage gegen sie die Empörung und Verachtung aller derjenigen hervorgerufen habe, die noch Sinn für Gerechtigkeit haben. Schließlich nahm das Büro auf Vortrag Bauerz und Vanderveldes einstimmig eine Entschloßung an, die gegen den japanischen Gewaltschrei in der Mandchurien protestiert und bedauert, daß der Völkerverbund bisher nicht imstande gewesen ist, diesem für den Frieden so gefährlichen Konflikt ein Ende zu machen.

füñ vermindert. Aufgehoben wird das Landwirtschaftsministerium, das vorläufig als selbständige Abteilung dem Innenministerium einverleibt wird. Weiter werden von den acht Ministerien zwei abgebaut, nämlich die von Niederbayer (Landwirtschaft) und die von Oberbayer (Wirtschaftsangelegenheiten) ferner ein Verordnungsamt, die von Garmisch, 24 Amtsgerichte, 8 Bezirksämter, 12 Forstämter, 10 Messungsämter und 8 Bauämter.

Die durch diese Einsparungen begliffen sich auf zwei Millionen Mark. Sie sollen sich noch um einige Millionen erhöhen, wenn bei der Aufstellung des neuen Haushaltsplanes im Dezember die zweite Vereinfachungsaktion durchgeführt wird.

Die neue Notverordnung enthält außerdem in Anlehnung an die Reichsnotverordnung vom 8. Oktober Maßnahmen finanzieller Art, die dem Staat zum Ausgleich eines seit August bestehenden Zahlungsbilanzdefizits eine sofortige Mehrerlöse von rund vier Millionen Mark bringen. Eine Pensionen kürzung von fünf Prozent mit Wirkung vom 1. November ein Prozent Gehaltskürzung für die Beamten an Stelle der Vorrückungssperre und schließlich eine Erhöhung des Schulgelbes bei den Mittelschulen und eine Erhöhung der Gehälter bei den Hochschulen. Begabte Kinder und Studenten sind von dieser Erhöhung befreit.

## Presskrieg zwischen Nazis und Deutschnationalen

### Das doppelte Gesicht der Nazis — Naziführer widersprechen einander Hugenberg hat Angst um die Gefolgschaft Hitlers

Das Organ der christlichen Gewerkschaften hält die Nationalsozialisten weiter unter Druck, indem es von ihnen kategorisch Erklärungen über ihre Stellung zu den Gewerkschaften, zu Tarifrecht, Schlichtungsverfahren und Sozialversicherung verlangt. Auf die offiziellen Fragen des „Deutschen“ an Hitler hat Hitler bisher nicht geantwortet. Er schweigt vielmehr wie ein Grab. Dafür haben Gregor Strasser und Stöhr geredet. Ihre Reden enthalten die Versicherung, daß die Nationalsozialisten weder Gewerkschaften noch Arbeiterrechte anfeindeten. Solche Versicherungen zu Agitationszwecken sind nicht neu und gleichzeitig werden ganz entgegengelegte Erklärungen von nationalsozialistischer Seite abgegeben. Das Organ der christlichen Gewerkschaften registriert die Reden von Stöhr und Strasser, es stellt ihnen entgegengelegte nationalsozialistische Erklärungen gegenüber und läßt deutlich erkennen, daß zu den Reden auch Garantien gehörten. Der Druck auf die Nationalsozialisten wegen ihres Bündnisses mit der sozialistischen Reaktion wird auch von dieser Seite nicht nachlassen.

Die Reden von Stöhr und Strasser und die Presse Diskussion zwischen der Zentrumspresse und der nationalsozialistischen Presse haben unterdessen heftige Erregung im Lager Hugenberg hervorgerufen. Man sieht dort, daß die Erklärungen von Stöhr und Strasser im vollen Widerspruch stehen zu der amtlichen Stellungnahme des Stahlhelms. Man erkennt ferner die Tendenz, Herrn Hugenberg begünstigen zu machen, daß er der Kaiserin in dem Reichspräsidenten, aus diesem Grunde hat Herr Hugenberg bei dem Vertrauensmann Hitlers, Hauptmann Göring, Aufforderungen verlangt über die Verhandlungen der Hitlerpartei mit dem Zentrum. Hauptmann Göring aber hat Hugenberg diese Aufforderung unter ausdrücklichem Bezugnahme auf Adolf Hitler verweigert. Diese Unterordnung, die mit einem heftigen Zusammenstoß zwischen Hugenberg und Göring geendet haben soll, war das Vorbild zu der Pressfehde zwischen der Berliner Hugenbergischen „Nachtausgabe“ und dem Berliner „Völkischer Anzeiger“.

Die Hugenbergpartei hält sich augenblicklich noch zurück, um so erregter gebärden sie die übrigen Berliner deutsch-nationalen Zeitungen, die „Deutsche Zeitung“ und die „Kreuz-Zeitung“. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einem jesuitischen Intrigenstück des Zentrums. Die „Kreuz-Zeitung“ aber führt einen heftigen Angriff gegen Stöhr und Strasser. Sie schreibt über sie:

„Was zunächst die Nationalsozialisten anbetrifft, so mag hier die Person Hitlers vorerst aus dem Spiele bleiben. Seine politischen Trabanten von heute — viele leicht Gegner von morgen? — überschlagen sich förmlich in ihrem Siegerstolz anläßlich ihrer Wahlerfolge und zum Teil, als ob sie allein, die Nationalsozialisten, die nationale Expedition leitet hätten.“

Das ist sehr interessant, daß die „Kreuz-Zeitung“ in ihrem Sinne die Stöhr und Strasser als mutmaßliche Gegner Hitlers von morgen bezeichnet! Es ist gar kein Zweifel daran, daß die „Kreuz-Zeitung“ das absolute Recht hat, für die soziale Reaktion zu sprechen.

Hinsichtlich der Person Hitlers sehr ernsthafte Garantien liefern.

Daß sie so offen ihr für die soziale Reaktion gegen seine eigenen Leute reklamieren.

Besonders heftig wendet sich die „Kreuz-Zeitung“ gegen die Worte von Stöhr, daß „im Dritten Reich der Gedanke der Sozialreform ebenso wie die Tarifverträge und das Schlichtungsgesetz nicht nur aufrechterhalten, sondern zum Nutzen der Gesamtheit ausgebaut“ würden. Diese Sätze können natürlich ebensogut den Gegnern vertragen, daß im Dritten Reich die Gewerkschaften zu Korporationen nach dem Muster des italienischen Faschismus umgeformt werden sollen. Sie

sind also nicht weniger als eine Anerkennung der Gewerkschaften und der Arbeiterrechte. Aber selbst das geht der „Kreuz-Zeitung“ viel zu weit und so schreibt sie dazu:

„Die Tendenz liegt auf der Hand. Die „Erzungen“ der Arbeiterklasse sollen nicht nur stabilisiert, sondern sogar noch erweitert werden, freilich mit dem Unterschiede, daß nicht mehr ausschließlich die Marxisten in den Genuss dieser „Erzungen“ kommen sollen, sondern die Gesamtheit. Welche Gesamtheit, so fragen wir.“

Und schließlich widmet sie den Stöhr und Strasser die folgenden Sätze:

„Gefänge es dem Zentrum, die NSDAP, aber wenigstens ihre „produktiven Kräfte“ zu einer vom Zentrum geleiteten Reichspolitik hinüber zu ziehen, dann wäre ihm damit ein staatspolitischer Erfolg von unabhäbarer Tragweite beschieden: die Zerfallung der nationalen Opposition, wahrscheinlich obendrein die Zerstückelung der NSDAP. Wir müßten es bedauern, wenn wir einst die „produktiven Kräfte“ der NSDAP in der Rolle der betrögenen Betrüger sehen müßten.“

Da kriecht es sehr vernehmlich in der Front von Harzburg, und das knapp drei Wochen nach der Rundgebung von Harzburg! Bei diesen Auseinandersetzungen erkennt das Volk deutlich genug, mit wem es zu tun hat: die um Hugenberg zeigen ihre sozialreaktionäre Rolle, noch deutlicher als zuvor, und sie zeigen zugleich, daß die Stöhr und Strasser, die jetzt in Agitation treten, das Bündnis mit der sozialen Reaktion abzuschwächen versuchen, Betrüger sind. Denn wenn die „Kreuz-Zeitung“ ihnen die Rolle der betrögenen Betrüger vorhält, so müssen sie unbedingt jetzt Betrug üben!

## Neue Sparverordnung in Bayern

Die bayerische Regierung hat am Sonntag eine neue Sparverordnung erlassen, die vor allem einen systematischen Abbau des aufgeblähten staatlichen Verwaltungsapparates vorsieht. Nach der Verordnung wird die Zahl der Ministerien von sechs auf

## Dr. Bachem in der Stillhaltekommission

Berücksichtigt durch den Protest der Gewerkschaften hat der Reichskanzler den Direktor der Arbeiterbank, Dr. Bachem, in den Untersuchungsausschuss des Wirtschaftsbereichs für das Stillhalteabkommen berufen. Auf die Berufung Hilferdings mußte wegen langwieriger vorübergehender Abwesenheit von Berlin verzichtet werden.

## Laval über das Ergebnis seiner Reise

Paris, 2. November (Eigener Buntbericht)

Laval hat am Sonntag an Bord der „Le France“ folgende Erklärung abgegeben:

Bei meiner Rückkehr nach Frankreich kann ich sagen, daß die Mission, der ich mich in Amerika entledigt habe, wichtige Folgen haben kann. Hoover und ich haben in freier Diskussion die Haltung unserer beiden Regierungen hinsichtlich gewisser Probleme konfrontiert. Diese Gegenüberstellung wird es in der Zukunft erlauben, Mißverständnisse zu vermeiden oder auf jeden Fall abzumildern. Das Ergebnis ist beachtenswert, weil unsere beiden Regierungen sich jetzt besser verstehen werden. Man kann annehmen, daß die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den vereinigten Staaten dadurch erleichtert und verstärkt wird. Am Dienstag werde ich dem Ministerpräsidenten Bericht erstatten und die Regierung wird erwägen, welche praktischen Folgerungen aus dieser Begegnung gezogen werden sollen. Ich bringe einen guten Eindruck von meiner Reise mit. Ich nehme, die ich als Regierungschef gefunden habe, legt Zeugnis von den Gefühlen ab, die die vereinigten Staaten gegenüber Frankreich hegen. Wir müssen das unvergleichliche Prestige, das Frankreich gewemärdig in der ganzen Welt genießt, dazu benutzen, unsere Interessenten zu schützen und den Frieden zu konsolidieren.

## Graf Helldorf der Pogromleitung überführt

### Schwere Belastung der SA-Führer in der Sonnabendverhandlung Anerkanntes Benehmen der Nazis im Gerichtssaal

In dem Prozeß gegen die nationalsozialistischen Pogromführer vom Kurfürstendam wird das Belastungsmaterial immer erdrückender. Besonders Graf Helldorf kann als 100prozentig überführt gelten, der Pogrom inszeniert zu haben.

Sensationell waren in der Sonnabend-Verhandlung die Aussagen, die der Kellner eines Lokals in Berlin-Schmargendorf machte. Dieser Zeuge bekundet, daß der SA-Mann Tiede am Tage nach dem Kurfürstendamm-Ausbreitungen in dem Schmargendorfer Lokal erschien und von den Heidentaten seiner Gefolgschaften auf dem Kurfürstendamm erzählte. Dabei hat der SA-Mann geäußert: „Na, den Kurfürstendamm-Juden haben wir es ja gestern richtig besorgt, der Graf Helldorf hat uns bei der Sache geführt! Ein anderer Angestellter des Lokals bekräftigt diese Aussage. Tiede, der mit den beiden Belastungszeugen konfrontiert wird, versucht erst mit fürchtlichen Ausreden dazuzukommen, bequemt sich aber schließlich zu dem Zugeständnis, daß er das mit dem Grafen Helldorf „mehr bildlich“ gemeint habe. Der Sturmbann-Adjutant Kosmol, dem es jetzt noch hellen Spaß macht, daß am Kurfürstendamm „die Juden verbrochen“ worden sind, strafft die Belastungen des Grafen Helldorf Bäger, der angeblich erst durch

Kosmol von der Kurfürstendamm-Affäre erfahren haben und der Zeuge plaudert aus, daß im Gegenteil der Oberführer ihn, Kosmol, über die Kurfürstendamm-Anruhen befragt habe. Schwer belastet werden Helldorf und Ernst auch durch den Führer der Wache im Nazi-Parteihaus, den Ingenieur Gewehr, der nicht leugnen kann, daß aus dem Auto des Pogromführers gewinn worden ist.

Am Schluß der viestündigen Sitzung kam es zu einer ungewöhnlichen Anzapelung der Staatsanwaltschaft durch den Nazi-Rechtsanwalt Freisler, der selbst den langmütigen Vorsitzenden dieses Prozesses energischer Abwehr veranlaßte. Eine zwangsläufige Folge der wenig energischen Verhandlungsföhrung durch Landgerichtsdirektor Brennhäuser waren unwürdige Szenen, die sich nach Beendigung der Sitzung im Verhandlungssaal abspielten. Zeugen, Angeklagte und Publikum brachen in lauten „Heil Hitler“-Rufe aus, den Justizwachmeistern, die den Saal räumen wollten, wurde unter höhnischen Zurufen Widerstand geleistet, die Angeklagten, die nicht in Erscheinung traten, legten in Gegenwart des Gerichts ihre Hüte auf — alles es war eine Zeitlang so, als ob das Chaos des „Dritten Reichs“ bereits seinen Einzug gehalten hätte.

PETER RISS

# Stahlbad Amoft

Kriegsroman der Stiebzehnjährigen

Copyright 1936 by Fackelreiter-Verlag G. a. b. H. Hamburg-Bergedorf

44. Fortsetzung

Der Herr General lächelt dauernd, und niemand weiß, weshalb. Es ist kein fröhliches Lächeln — es ist das Lächeln der brutalen Macht, der unerschütterlichen Überlegenheit gegenüber diesen kleinen, verängstigten, klammheimlich lachenden, die er mit einem Befehl dorthin jagen kann, wohin das System sie haben will.

Der Herr General ist das System. Schreibend wie der Herr seiner Peitsche und seine Kommandos — als jagt sie eine teuflische, übernatürliche Macht aus dem klumpigen Leibe heraus.

Alle Kompanien des Regiments stehen vor dem General zur Bekämpfung erregt. Ich sehe zum ersten Male das ganze Regiment: ein Regiment des Nährpans 1899.

Wir haben vier Stunden des schwersen Felddienstes hinter uns. Wir müßten Erdben vor einem „angreifenden Feind“ ausheben, wir müßten jedesmal zum Sturm antreten, wir müßten aus den Gräben heraus auf markierte Ziele scharfe Handgranaten werfen — wir haben Granat- und Minenwerfer eingebaut, und das Feld sollte wider von den brutallenden Kommandos, von unletztendendenden Schritten, unferm lebenden Lauf und Säurmen mit den aufgeschlangten, mattblühenden Seitengewehren. Wir sammelten von Schweiß, wir taumelten über- und durcheinander, wir vertieften uns in fremde Kompanien, wir ritten unsere am überglühenden Leibe schlotternden Uniformen entwei.

Ein Stab von jungen Offizieren ist um ihn. Sie tragen alle neue Uniformen als wollten sie zu einem Ball, ihre Höscher sind leuchtend und frisch und einige von ihnen tragen Mäntel, die ihnen manchmal leuchtend auf, wenn sie sich etwas bewegen. Raum einer von ihnen trägt ein Abzeichen, das darauf hin-

deutet, daß er schon an der Front war. Sie sehen aus wie Feinen, die sich Jungsoldaten aufgestellt haben, mit denen sie ihr königliches Spiel treiben wollen. Es ist der Stab obdiger Offiziere: sie sind die jährigen Fühnattrappen des größten und graugrünen Theaters der Weltgeschichte.

Sie sehen uns mit fremden, kalten Gesichtern an — sie wollen nichts von uns — sie kennen uns nicht. Sie empfinden vielleicht Widerwillen gegen unsere armen, jämlichen, abgelebten Leiber. Wir sind nur das Regiment der so- und joweltigen Diakone, reißt für die Front: wir sind das Schlachtrich, das Kanonenfutter, brüßert für das.

Der Herr General und sein Stab beschäftigen: weiter ist nichts los! Sie haben schon viele Regimenter vor dem letzten Marsch beschäftigt, es geht bei ihnen nach einem Programm. Sie blähen über uns hinweg und träumen von den Orden, die sie in den nächsten Monaten auf den Kommandanturen und in der Etappe verdienen wollen, um von ihren Wirtessen und Heidenmütern und Schwestern zu glänzen. Dann gibt der Herr General einige Kommandos.

Wir haben etwa zehn Minuten unter den schwersten Anstrengungen „Stillgestanden!“ — der Herr General ist hin- und hergeritten und hat wer weiß an wen gedacht. Vielleicht hatte er uns vergessen; denn er sah uns gar nicht an, während wir mit bitteren Fluchen in der Frua auf das „Nähr-euch!“ warteten, mit brennenden Söhlen, wankenden Beinen, zitternden Händen, Stechen in der Lunge und im Herzen, mit leeren Mägen und vollen Blasen...

Jetzt, da es ungemächlich wird, erinnert er sich unter „Rühr-euch!“ — Schütz! — tötann! Rühr-euch! Still-giann! Rühr-euch! Schütz! — tötann! Rühr-euch! Schütz! tötann!

Jetzt, was, was, dreihingmal halt es über die Ebene in uns hinein. Unsere Leiber bewegen sich mechanisch, suchen zusammen. Lösen sich wieder: es ist, als wenn Jüden unsere Beine wie die von Marionetten hin- und herziehen...

Vor uns stehen die Kompanieföhner: — kurz vor mir links Abolt. Sein fetter Nacken ist rot von den Flecken des Generals. Ich sehe das grauame Profil und habe eine Sekunde lang das bekümmerte Gefühl, daß er und der General Bruder sein müssen...

Über wie das kalte drohende Donatmal auf uns niederstarrt, kommt brandend vom linken Flügel, pflanzt sich fort und fort, über die Mitte der Regimentsfront hinweg, nach rechts an-

schwellend, dunkel, dumpf drohend, unaufhaltbar, in einem un-  
torenen Kretzenherzen im lehten Aufdämen verzwweifelt  
boren, besinnungslos, aus der Tiefe der Qual kommend  
„Hunger! Hunger! Huunger!“ Das Regiment brummt  
murr, meutert, empört sich, befreit sich von seiner ungeheuren  
Qual, erlößt sich aus der Knechtshast — Ja! es brummt nicht  
mehr, es murrt nicht mehr, — es brüllt und schreit über  
„Huunger!“ Das Gesicht, das rotglühende, feiste, lächelnde  
Gesicht des Dentmals verwandelt sich plötzlich, als habe eine  
überirdische Hand darüber hinweggewischt, — es wird grau  
bläß, grünlich schimmernd... das Lächeln erstarbt  
Peitsche, eben noch frisch geschwungen, sinkt schlaff herab, das  
Maul des Generals wird breiter und breiter und öffnet sich  
bleibt so stehen. Der General blüht ratlos und entsetzt lebend  
lang auf uns, sieht sich dann nach seinem Stab um, —  
Stab, die „Herren Offiziere“ stehen und sehen unser Regiment  
an, als sei es ein vorstünftliches Ungeheuer, — das Haupt  
bäumt sich unter plötzlichen Sporenstichen, — fast wäre  
Herr General aus dem Sattel gefallen.

Der Herr General richtet sich aus seiner zusammengesunkenen  
Haltung auf, er ist wieder das kurzfähare Dentmal, —  
Kompanieföhner!“ Sie stehen um ihn herum, sie trabbeln  
wie die Würmer und niemand weiß, wo er sich am  
auffälligkeiten und am wenigsten sichtbar vor dem General  
haben soll. Die Stimme des Generals überschlägt sich,  
freilich die Führer an: „Was ist das für eine unerhört  
Schweinererei! Das — ist — Meuterei! Das werde ich  
be — stra — a — fen! Diese Diiji — plün — losigkeit!“

Dann stehen die Führer wieder vor uns. Abolt hat ein  
entsetzliches Gesicht, das wie geprügelt aussieht...

Der Herr General aber galoppiert auf uns zu und  
lächelt wieder... hebt sich etwas in den Steigbügel, er  
wickelt sein Programm weiter ab, wie das System es ihm  
schreibt... Er wird nachher in aller Ruhe seinen Bericht  
das meuternde Regiment schreiben. Jetzt aber hat er nur  
Programm ordnungsgemäß zu erfüllen. — Der Stab der  
Offiziere steht wieder um ihn herum. Die Herren  
träger sehen uns wieder mit ihren fremden, kalten  
an. Sie wissen, daß die militärische Gerechtigkeit so und so  
Laufl gehen wird: die Front wird uns schon die  
„Strafe“ bringen!...

(Fortsetzung folgt)

# Die Kreiswahlwahlen in Mecklenburg

Fast dasselbe Bild wie in Anhalt

**Rostock, 2. November (Eigener Funfbericht)**

Sonntag fanden in Mecklenburg-Schwerin die Kreiswahlwahlen statt. Der Verlauf der Wahl war stellenweise blutig. In Daberg wurden von den Nationalsozialisten zwei Kommunisten, die im Begriff waren, Wahlzettel anzulegen, mörderisch niedergeschossen. Der Arbeiter war auf der Stelle tot. Der Leichnam wurde auf dem Transport ins Krankenhaus. Dort starb auf dem Transport ein Maschinenmonteur Walter Gaudick. In Nordhörn wurde ein Arbeiter in die Hofentasse geschleudert. Blühlich ging ein Schuß in der Luft los. Die Kugel drang dem Mörder in den Rücken. Der Mordgeselle wurde ins Krankenhaus in Obergartel. An anderen Stellen kam es zu heftigen Ausschreitungen, wobei rechts- und linksradikalen Elementen die Wahlen selbst zeigen das Bild aller in letzter Zeit vorangegangenen Wahlen: eine starke Radikalisierung der Wählermassen. Vor allem haben die Nationalsozialisten im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ihre Stimmen beträchtlich gesteigert. Ihr Sieg aber geht nicht auf Kosten der „marxistischen“ Parteien, sondern auf Kosten der bürgerlichen Mitte. Insbesondere die Parteien haben seit den letzten Reichstagswahlen nicht weniger als 1/3 ihrer Stimmen an die Nazis verloren. Die Kommunisten haben weniger stark zugenommen. Die Gewinne hatten sich in bescheidenen Grenzen. Die Sozialdemokratie hatte wie überall in letzter Zeit einen außerordentlich schweren Wahlkampf zu bestehen. Sie nicht nur von rechts und links, sondern auch von der Mitte her verurteilt. Von jeder der zum Wahlkampf erschienenen Gruppe und jeder Gruppchen wurde sie wochenlang in Wort und Schrift mit Plakaten und Flugblättern außer Acht gelassen. Dazu wurde die Sozialdemokratie in der dem reaktionären Mecklenburg in ihrer Arbeit außerordentlich behindert. Auf dem Lande kam es immer häufiger vor, daß ihr Wahlkampf verweigert wurden. Den Steigbügelhaltern der Kommunisten, gab man die Lokale um so lieber, je weiter sie von der Front entfernt waren. Wenn man all diese Umstände nicht bedenkt, so fallen die Verluste nicht besonders ins Auge, zumal die Wahlbeteiligung am Sonntag geringer war als bei den Reichstagswahlen am 9. September.

Die Ergebnisse sind im einzelnen:

**Niagar:** Sozialdemokraten 6999 (8361), Kommunisten 1737 (1525), Nationalsozialisten 7723 (4398), Bürgerliche Einheitsliste 1073, Nationale Wirtschaftspartei 2684.

**Mandate:** Sozialdemokraten 8, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 8, Bürgerliche Einheitsliste 1, Nationale Wirtschaftspartei 3.

**Sagenow:** Sozialdemokraten 9212 (7859), Kommunisten 2189 (2199), Nationalsozialisten 9676 (4766), Bürgerliche Einheitsliste 3914.

**Mandate:** Sozialdemokraten 8, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 8, Bürgerliche Einheitsliste 3.

**Ubbowitz:** Sozialdemokraten 7027 (8229), Kommunisten 2279 (1872), Mecklenburger Bauernverein 1135, Liste für Handel, Handwerk und Gewerbe 2263, Nationalsozialisten 8040 (6882), Landvolk 2158.

**Mandate:** Sozialdemokraten 6, Kommunisten 2, Mecklenburger Bauernverein 1, Handel, Handwerk und Gewerbe 2, Nationalsozialisten 7, Landvolk 2.

**Ust Grewismühlen:** Sozialdemokraten 4182 (5166), Kommunisten 1055 (758), Nationalsozialisten 4024 (2922), Einheitsvorschlag für Stadt und Land 8091.

**Mandate:** Sozialdemokraten 5, Kommunisten 1, Nationalsozialisten 5 und Bürgerliche 4.

**Ust Gültrow:** Sozialdemokraten 8093 (9388), Kommunisten 3008 (2704), Nationalsozialisten 10501 (4867), Bürgerliche Liste für Stadt und Land 2771, Mecklenburgische Heimatliste 693.

**Mandate:** Sozialdemokraten 8, Kommunisten 3, Nationalsozialisten 10, Liste für Stadt und Land 2.

**Ust Schwerin:** Sozialdemokraten 3242 (6588), Nationalsozialisten 7888 (3644), Bürgerliche Einheitsliste 2188, Kommunisten 719 (607).

**Mandate:** Sozialdemokraten 6, Nationalsozialisten 9, Bürgerliche Einheitsliste 2, Kommunisten 0.

**Ust Malchin:** Sozialdemokraten 7606 (10165), Nationalsozialisten 10625 (6906), Nationale Opposition (Bürgerliche Einheitsliste) 5265, Kommunisten 2839 (2506).

**Mandate:** Sozialdemokraten 7, Nationalsozialisten 10, Nationale Opposition 5 (Bürgerl. Einheitsliste), Kommunisten 2.

**Ust Parßin:** Sozialdemokraten 6026 (7857), Nationalsozialisten 11388 (7230), Kommunisten 2672 (2260), Liste für städtische Wähler 1020, Nationale Liste für Stadt und Land (bürgerliche Einheitsliste) 2386.

**Mandate:** Sozialdemokraten 6, Nationalsozialisten 12, Kommunisten 2, Liste für städtische Wähler 1, Nationale Liste für Stadt und Land 2.

**Ust Ralswiek:** Sozialdemokraten 6520 (8386), Christlich-Sozialer Volksdienst 894 (728), Wirtschaftsliste für Stadt und Land (bürgerliche Einheitsliste) 1817, Kommunisten 2491 (2903), Unpolitische Beamtenschaft 659, Nationalsozialisten 9400 (4985).

**Mandate:** Sozialdemokraten 7, Christlich-Sozialer Volksdienst 1, Wirtschaftsliste für Stadt und Land 2, Kommunisten 3, Nationalsozialisten 10.

**Ust Rostock:** Sozialdemokraten 7175, Kommunisten 2338 (2169), Nationalsozialisten 11638 (8135), Beamte 1282, Nationale Wirtschaftsliste (Bürgerliche Einheitsliste) 4473.

**Mandate:** Sozialdemokraten 7, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 11, Beamte 1, Nationale Wirtschaftsliste 4.

## Der Nazimörder mordete ohne Grund

**Doberan, 2. November. (Eig. Funfbericht.)**

Die Polizei teilt mit, daß die am Sonntag von einem Nationalsozialisten erschossenen Kommunisten nicht im Besitz von Waffen gewesen sind. Die polizeilichen Ermittlungen haben ferner ergeben, daß Schüsse ausschließlich von dem nationalsozialistischen Mörder abgegeben wurden.

Die bestialische Mordtat hat hier außerordentliche Erregung hervorgerufen, die im Laufe des Sonntags immer wieder zu großen Menschenansammlungen führte. Die Doberaner Polizei erbat deshalb Verstärkung von Rostock. Es gelang, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, die Ruhe aufrechtzuerhalten.

# Bieder aufreizendes Parteivorurteil

**Nazi-Berufungssprenger erneut freigesprochen**  
**Belastende Dokumente verschwinden aus den Gerichtsakten**

Ein unerhörtes Tendenzurteil wurde am Sonntag in der Berufungsinstanz durch das Landgericht in Wismar verkündet. 24 nationalsozialistische Landfriedensrichter und Versammlungsprenger wurden nach einer einzigen Prozeßkomodie von der Anklage freigesprochen, obwohl durch Duzende beeidigter Zeugen eindeutig festgestellt wurde, daß die Nazis die Versammlungsprengung bewußt vorbereitet haben.

Der Anklage lag die Saalschlacht im oberhavelischen Städtchen Murnau am 1. Februar d. J. zu Grunde. Die Versammlung war von der Sozialdemokratie mit dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Auer als Redner einberufen worden. Die Nazis hatten durch einen besonderen Sturmbegehr aus dem Umkreis von 50 Kilometern geeignete SA-Mitglieder herangezogen, die das Versammlungslokal mit einer Macht besetzt und durch Abhängen des Horst-Wesselliedes den Auftakt zur Schlägerei gegeben, bei der es zu Verletzungen kam.

Schon in erster Instanz wurden die Landfriedensrichter entgegen dem Urteile des Staatsanwalts freigesprochen. Auch ein 17jähriger SA-Führer, der sich besonders brutal benommen hatte, wurde wegen Körperverletzung zu Wochen Gefängnis verurteilt. Das Berufungsgericht ging noch über das unerhörte Urteil des Erstrichters hinaus und ließ diesen freigesprochen, obwohl er bei seiner polizeilichen Vernehmung selbst zugegeben hatte, daß er ohne zwingende Notwendigkeit mit einem Stuhlbein von hinten auf einen Reichswehr-Saalschutzmann eingeschlagen hatte. Hängen blieb lediglich der Postbeamte Jäger, der wegen Verletzung der Telegraphengeheimnisse in erster Instanz fünf Jahre Gefängnis erhielt. Jäger hatte in seiner Funktion als leitender SA-Beobachter ein Telegramm das an die Wismarer Sozialdemokratie gerichtet war, um sie von der Verhaftung zu verständigen, an die Nazi-Partei weitergegeben.

Von den vielen Wertmäßigkeiten dieser Berufungsverhandlung sind besonders das geheimnisvolle Verschwinden von SA-Dokumenten aus den Gerichtsakten und die fortwährende Verschönerung dieses Schriftstückes, das in den Akten des Erstrichters vorhanden war, enthielt eine Anweisung an die leitenden SA-Beobachter des Bezirks zur strengeren Vorgehensweise, Organisations aller Art, auch der SA-Schön, der Post usw. Das Gericht nahm von dem merkwürdigen Verschwinden dieses Schriftstückes ohne die geringste Erwähnung Kenntnis. In der Urteilsbegründung erklärte das Gericht alle wichtigen Beweisergebnisse, den Naziturmbefehl, den Brief mit der Bemerkung von der beachtlichen Sprengung, daß einem Nazi gefunden wurde, ferner die Tatsache der Verhaftung auswärtiger SA-Leute, das mitgebrachte Verhörprotokoll usw. kurzweilig für nicht stichhaltig.

## Starke Anwachsen der sozialistischen Presse Hollands

Das neue große Zeitungsgebäude des Amsterdamer sozialistischen Organs „Het Volk“ wurde am Sonntagabend nachmittags mit einer Ansprache des früheren Ratschherrn W. de Waard feierlich eingeweiht. W. de Waard teilte u. a. mit, daß ab 1. November fünf neue sozialdemokratische Zeitungen in niederländischen Provinzialhauptstädten erscheinen und die Zahl der sozialistischen Zeitungsblätter allein in den letzten Wochen um 10 000 gestiegen ist. Am Sonntagabend wurde in Amsterdam der für die niederländische Arbeiterbewegung bedeutsamen Tag.

Blum, Grumbach, Renaudel, Jaure usw. In den beiden Sitzungen, die am Sonntagabend nachmittags und Wirtschafsstiftung und die Stellungnahme der sozialistischen Internationale zu diesem Problem gesprochen. An der Nachmittagsitzung nahmen gemäß einem am Vormittag gefassten Beschluß auch Jouhaux (CGT), Tarnow, Schweizer und Arons (ADG) teil, von denen Jouhaux und Tarnow Mitglieder der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sind. Am Sonntag wird über die gemeinsame Abruhtungsaktion der Arbeiter-Internationale und der Gewerkschafts-Internationale und über organisatorische Fragen verhandelt werden.

## Paris zu den Berliner Beratungen

**Unruhe in der französischen Presse**

Paris, 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Berliner Beratungen über die von der Reichsregierung nach der Rückkehr Laval's zu unternehmenden Schritte hinsichtlich der Neuregelung des Reparationsproblems und der Verlängerung und Konjunkturdierung der Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite werden in Paris mit lebhaftem Interesse, aber auch mit deutlicher Unruhe verfolgt. Der Gedanke einer Revision des Youngplanes oder, wie es in einigen Berliner Meldungen heißt, einer völligen Einstellung der Reparationszahlungen, verbunden mit einer Herabsetzung der interalliierten Schulden, fällt hier natürlich auf keinen günstigen Boden, obgleich sich Amerika für eine derartige Lösung einsetzen zu wollen scheint.

Der „Antransigent“ schreibt dazu: Wenn man in Washington glaubt, daß eine solche Lösung moralisch, rationell und gerecht ist, täuscht man sich in der Annahme, daß Frankreich dieser Meinung beipflichten wird. Der endgültige Friede wird auf Sicherheit und Gerechtigkeit aufgebaut sein. Die Achtung vor den Verpflichtungen und Unterschriften für die moralische und materielle Abruhtung der Völkern.

Der „Temps“ erklärt: „Es kommt darauf an, wie die Reichsregierung das Problem aufwerfen will, wie sie zu mandrieren gedenkt und was die öffentliche Meinung und die so schwierige innerpolitische Lage Deutschlands ihr im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung durchzuführen erlauben.“

# Der „Klassenkampf“ der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“

Entschlossen ist das große Ereignis eingetreten. Die SAZ hat ihre eigene Tageszeitung, eine für ganz Deutschland. Nun endlich wird auch in der Welt der echte, wirkliche, wahrhafte, durch keinerlei Kompromisse mehr geschwächte Klassenkampf einziehen. Der „Klassenkampf“ der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ beginnt damit, daß sie ihren Abonnenten, also den Proletariern, die doch ihre Leser sein sollen, das Geld aus der Tasche zieht. Für ein sechsmal in der Woche erscheinendes achtsseitiges Blatt (die erste Ausgabe umfaßt zwar 12 Seiten, aber das ist wohl nur aus Reklamegründen geschehen) werden den armen und in so großer Anzahl arbeitslosen Proletariern 60 Pf. pro Woche abgenommen. Die Bekämpfung der allzu lauen „Volkswacht“ beginnt also damit, daß man den Proletariern monatlich 80 bis 40 Pf. mehr abnimmt, als die „Volkswacht“ von ihren Lesern für ihr viel umfangreicheres und inhaltreichereres Blatt verlangt. Das Breslauer Proletariat wird dadurch besonders berücksichtigt, daß man für Breslau und Schlesia einen besonderen lokalen Teil einrichtet, der sogar in dieser ersten Nummer nur etwas mehr als eine halbe Seite umfaßt. Danach können sich die Leser ungefähr vorstellen, wie inhaltreich die Berichterstattung über Schlesia und über Breslau in der SAZ sein wird. Denn auch die ziemlich umfangreichen Parteinachrichten der SAZ müssen ja in diesen lokalen Teil auch noch aufgenommen werden.

Es wird niemand bestreiten können, daß der schlimmste Feind der Arbeiterklasse die Faschisten sind. Das sind in Deutschland die Nationalsozialisten. Ihnen muß deshalb in erster Linie der Kampf des Klassenbewußten Proletariats gelten. Denn es handelt sich bei der Nationalsozialistischen Partei ja nur um die Landsknechte des Großkapitals und der Scharfmacher. Diesen Kampf hat die „Volkswacht“ deshalb auch immer besonders energisch geführt. Was finden wir aber darüber in der ersten Nummer der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“? Ueber den großen Prozeß gegen die Führer des Programms in Berlin, den Grafen Hellborn und Genossen findet sich auf der siebenten Seite, nämlich unter Lokales aus Berlin, eine kleine einseitige Notiz von zwölf Zeilen. Ueber die Politik des nationalsozialistischen Innenministers in Braunschweig, Herrn Klages, findet sich auf der letzten Seite eine kleine einseitige Notiz von fünf Zeilen. Besonders diese Notiz ist sehr interessant. Die Redaktion der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ war offensichtlich bei der Ausgabe der Nr. 1 des neuen Blattes schon im Besitz der Nachricht, wie sich der Minister Klages zu der Aufhebung des Verbots des „Volkswachts“ durch den Reichsinnenminister verhält. Es wird aber nur der erste Teil dieser Nachricht mitgeteilt, der besagt, daß Klages gegen die Aufhebung des Verbots beim Reichsgericht Widerspruch erhoben hat. Der zweite, weitläufigere Teil der Nachricht, daß Klages entgegen dem Gesetz trotz der Aufhebung des Verbots durch den Reichsinnenminister das weitere Erscheinen des „Volkswachts“ verboten hat, wird der Leserschaft der „SAZ“ unterzogen. Wir können nicht annehmen, daß das bloß ein Versehen ist. Sondern im Zusammenhang mit der eben geschilderten Behandlung der Gewalttaten der Nazis muß angenommen werden, daß darin System liegt, daß es mit Absicht geschieht. Der Grund dafür ist ja auch sehr durchsichtig. Die SAZ weiß genau, daß ihr Kampf gegen die Faschistenpolitik wenn er erfolgreich ist, dazu führen muß, daß binnen kurzem die Nationalsozialisten die Macht im Reich und in den einzelnen deutschen Ländern ergreifen. Ja, man will sogar auf dieser Seite eine solche Entwicklung direkt herbeiführen, während die Sozialdemokratie immer mit aller Kraft gegen den Eintritt dieses ungeheuren Unglücks für die Arbeiterklasse gekämpft hat. Bei einer solchen Politik dürfen die Mitglieder und Freunde der SAZ natürlich nicht wissen, wie die Herrschaft der Nazis in Wirklichkeit aussehen würde. Und da das Verhalten des Ministers Klages in Braunschweig den Arbeitern einen Borgehmad zu geben geeignet ist von dem, was der Arbeiterklasse bevorsteht, wenn die Nationalsozialisten die Macht ergreifen, deshalb wird das sorgfältig vor den Mitgliedern der SAZ, verschwiegen bzw. möglichst abgeschwächt. Mit anderen Worten: Lediglich um ihre taktische Haltung gegenüber der Sozialdemokratie aufrechterhalten zu können, verläßt die SAZ auf dem wichtigsten Gebiet des Klassenkampfes ihre Pflicht, verzichtet die „SAZ“ auf die Bekämpfung der Todfeinde der Arbeiterklasse.

## Neuer Rufsch in Oesterreich geplant?

Mitteilungen Léon Blums über alarmierende Nachrichten

Paris, 2. November. (Eigener Funfbericht.) Léon Blum teilt im „Populaire“ mit, er habe aus Ungarn die Nachricht erhalten, daß die Heimwehr in Oesterreich für den 8. und 9. November einen neuen Rufsch plane. Der Angriffsbefehl sei bereits ausgegeben. Diesmal handle es sich nicht um einen lokalen, sondern um einen allgemeinen Gewaltstreik, der mit einer ähnlichen Operation in Ungarn verbunden sein soll. Doch werde man hier vielleicht schon am 4. November, dem Tage des Zusammentritts des Parlaments losziehen.

Léon Blum wirft die Frage auf, ob man am Quai d'Orsay, in Prag und in London mit der notwendigen Schnelligkeit handeln werde, um die Errichtung eines nationalsozialistischen Mitteleuropas und einer Einheitsfront Hitler-Mussolini-Mustafa Kemal zu verhindern.

## Wasserstand

Rathbor	2 11/31 10	Ranten (Unter-Vegel)	2 11/31 10
Nesse (Stadt)	2 49/	Sydenfurth	2 88/ 3 04
Regenabwängung (Unt.-Vegel)	2 42/	Abflussmenge (Samstag)	2 14/ 259
Brieg (Maitenran)	3 37/	Kirchhagen vom 2. 11.	1 57/
Frelchen	1 54/	Kallernwärme + 9°	

Zur Erlangung schöner weißer Zähne benutzt man zweckmäßig die bekannte gute Chlorodont-Zahnpasta. Versuch überzeugt. Hüten Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.

## Die Internationale tagt

**Berufung der Wirtschaftskrise und der Abruhtungsfrage**

Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist am Sonntagabend in Paris unter dem Vorsitz von N. D. P. zu einer Tagung zusammengetreten. In der Verhandlung über die Wirtschaftskrise und die Abruhtungsfrage wurde durch den Vorsitzenden W. L. B. und den Reichsfinanzminister Hillerding vertreten. Oesterreich durch Bauer und Adler, England durch Gillies, Schweiz durch Grimm, Frankreich durch Braude,



## Breslauer Nachrichten

### Kino und Arbeiterschaft

#### Ein nachdenkliches Geleitwort zur

#### Eröffnung der Gewerkschafts-Lichtspiele

Das ist das Erfreuliche in dieser recht trüben Zeit: Der Kulturwille der arbeitenden Bevölkerung ist nicht abgenutzt. Umwandlung des Volkstheaters zu einem neuen Theater durch die Volkstheater, so konnten wir erst dieser Wochenberichterstattung in dieser Woche eröffnet die Breslauer Arbeiterschaft im Gewerkschafts-Lichtspielhaus teilnehmen. Vielleicht, daß manch alter Genosse ein wenig mit dem Kopf schütteln wird, wenn er die magischen Lichtbänder und die hell anflühenden Transparente des Abends an der Fassade des Gewerkschaftshauses sehen wird.

Das Kino im Arbeiterheim. Ist das notwendig? Ist es ein wenig eines Gewerkschaftshauses unwürdig? Der heutige Film? Kommt er überhaupt so ohne weiteres für die Arbeiterschaft in Frage? Das sind so Gedanken, die sich der oberflächlich Betrachtende, ein wenig konservative Zeitgenosse macht. Dinge betrachtere, die moderne Druckkunst, weil sie doch auch die Mahlerische Romane und reaktionäre Zeitungen druckt?

Das Kino ist eine Massenkunst. Zehnmal mehr als ins Theater, gehen heute ins Kino. Das Kino ist auch, so unwahr es zunächst klingen mag, eine recht demokratische Bildungsstätte. Bis auf den wohl verschieden gepolsterten Sitz im Zuschauerraum gibt es keine Unterschiede. Das Spiel der Leinwand ist für alle Zuschauer, vom primitivsten Dorfwohner bis zum snobistischen Aristokrat in der Weltstadt gleich. Die geringen Unterschiede von der Schmiere bis zur Reinhardt-Genierung wie im Theater gibt es hier nicht. Dieser riesigen Vorteil gegenüber dem Sprechtheater bringt aber auch die Gefahr: mit sich.

Denn das Kino bringt heute alles. Ist nicht das bloße Unterhaltungs- und Amüsiertheater. Die Wochenblätter, die illustrierte Zeitschrift, der Kulturfilm die populär wissenschaftliche Abhandlung, der Expeditionsfilm das Reisewerk, das Panorama Theater und Buch ersetzen. Und die Mehrzahl der Menschen, die kein wissenschaftliches Werk, kein belehrendes Buch zu lesen, nicht das Theater besuchen, geht ins Kino. Die Wirkung der Leinwand ist darum für diese Menschen stärker als durch andere Bildungsfaktoren.

Der Film ist heute wichtiges kapitalistisches Machtmittel. Neben all der übrigen Verarbeitungsindustrie. Er trifft irgendwo immer den ganzen Menschen. Weil dieses bringt, bringt er jedem etwas. Und dieses etwas genügt oft zur Verwirrung des Massenmenschen. Denn immer kehrt er wieder. Du kannst hunderte von heutigen Gesellschaftsfilmern haben, die Tendenz blieb immer die gleiche. Du kannst die Wochenblätter betrachten haben, in irgendeinem Bild — es aber zunächst mehrere — trat dir der Militarismus entgegen.

Es gibt nur eine Großindustrie des Films: die Filmindustrie. In der Vergangenheit, mittleren Betrieb, Handlung war darum auch den Kaufmann auszuschließen. Es herrscht die geachtete Kapitalmacht. Von dessen Kommandos wird die Ideologie, die Tendenz des Films bestimmt. Die Konzessionen werden nur dann einmal gemacht, wenn dies billiger günstiger beeinflusst. Damit aber nicht allzu entgegenliegend gefühlt wird und das Geschäft nicht zum alleinbestimmenden Faktor wird, gibt es noch eine Zensur. Die aber der Lebensrichtung des Arbeiters noch feindlicher gesinnt.

Die Filmproduktion bleibt der Arbeiterschaft verschlossen. Bisher von ihr hergestellte Filme waren ungenutzt und sind für den heutigen Konsum bedeutungslos. Deshalb ist darum hier nur durch den Konsum möglich. Die Gewerkschaften und eigene Lichtspieltheater. Das schafft alles keine neuen, für uns in Frage kommenden Filme, gibt die Möglichkeit sorgfältigster Auswahl bisher geschaffener Filme. Ein Druck auf die Produktion aber wird erst dann möglich sein, wenn solche Besucherorganisationen eine Macht geworden sind.

Organisiert darum den Filmkonsum. Fort mit dem falschen Brädelerei, daß wir mit dem „Kino“ nichts zu tun haben wollen. Wir gehen ja alle ins Kino. Diese Art der Unterhaltung ist heute für den modernen Menschen zum gleichen Bedürfnis wie das Radio geworden. Denn das Kino ist bereiter zur Aufnahme als das Theater. Es bedarf keiner großen Vorbereitung, keiner besonderen Einstellung, um ins Lichtspielhaus zu gehen. Das Theater ist mehr eine einmalige, das Kino eine alltägliche Angelegenheit. Wenn wir Zeittagsangelegenheiten annehmen, warum nicht zu allererst die Alltagsbedürfnisse?

Aber nur Massen können es schaffen. Der immer mehr kostspielige Aufwand (Apparatur und Leihgebühr) ist der gleiche, ganz gleich, ob der Abend mehrere Hundert oder mehrere Tausend Besucher bringt. Die Gewerkschafts-Lichtspiele sind kein Erwerbsunternehmen. Ausgaben dividieren durch Besucherzahl, das gibt letzten Endes den Preis, den der einzelne Zuschauer zu zahlen hat. Die Rechnung ist äußerst einfach. Es liegt nicht nur an der Arbeiterschaft selbst, was sie sehen will und wie sie dafür zahlen soll. Und vergesse nicht, daß die Leinwand, die alle Abende vor den Vortragssitz auf dem Podium des großen Saales des Gewerkschaftshauses gespannt wird, mit der Kulturfaktor im großen Bestrebenungskampf der Arbeiterschaft werden kann.

### Greise wurden umgefahren

An der Kreuzung Mattferz- und Guitav-Frentag-Straße am Freitagabend der 64-jährige Reinert Pulk aus der Gasse Nr. 16 von einem Fuhrwerk ungeritten und so erheblich verletzt, daß ihn ein Polizeibeamter in seine Wohnung bringen mußte. — Um die gleiche Zeit rief auf dem Schiefwerber-Platz ein Motorradfahrer den dort wohnenden 73 Jahre alten Herrn um, der so unglücklich auf das Vifaher getrieben wurde, daß er schwere Verletzungen im Gesicht erlitt und in das Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

## Wird Mokka-Louis endlich rehabilitiert?

### Ein neues Geständnis Schiewecks

Fünfundzwanzig Monate sind nun schon ins Land gegangen, seit der Bäder Pöhl, genannt „Mokka-Louis“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil ihn das Gericht schuldig erkannte, die Prostituierte Schulz getötet zu haben.

Pöhl hat vor und nach der Verurteilung immer wieder seine Unschuld beteuert und schließlich das Wiederaufnahmeverfahren beantragt. Diesem Antrage wurde stattgegeben, nachdem der wegen Ermordung seiner Frau und einer anderen Prostituierten verurteilte Arbeiter Schieweck ein Geständnis abgelegt hatte, auch den Mord an der Schulz begangen zu haben. Pöhl wurde aus dem Zuchthaus entlassen, die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens aber nach erneuter Beweisaufnahme abgelehnt, da Schieweck sein Geständnis widerrufen hatte und außerdem eine angeblich belastende neue Aussage eines Polizeimeisters vorlag, deren belastende Momente jedoch bei näherer Prüfung für den unbefangenen Urteilenden auch nur sehr hypothetischen Wert hatten. Es entstand nun der merkwürdige Zustand, daß ein rechtskräftig wegen Totschlags zu Zuchthaus und Ehrverlust verurteilter Mann frei herumließ, denn angeblich der divergierende Aussagen über die Schuld des Pöhl bei Polizei und Gericht und des lebhaften Aufsehens, das dieser Zeugnisaussage der Verurteilung auf Indizien in der Öffentlichkeit schon erregt hatte, wagte man nicht, Pöhl, wie es eigentlich nach dem Buchstaben des Gesetzes hätte erfolgen müssen, wieder einzusperrten.

Nun kommt die Nachricht, daß Schieweck, ein schwer pathologischer Mensch, der dieser Tage zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde, ein neues Geständnis ablegte. Näheres ist uns hierüber zur Stunde noch nicht bekannt. Sicher aber dürfte die Wahrscheinlichkeit mehr für die Täterschaft Schiewecks sprechen, der zweifelsohne ein Sexualmörder aus Veranlagung ist, als für Pöhl, bei dem auch das verurteilende Gericht und der öffentliche

Ankläger kein Motiv für die ihm zur Last gelegte Bluttat feststellen oder auch nur zu unterstellen vermochte.

Das erneute Geständnis beweist, wie unzweckmäßig, um ein mildes Wort zu gebrauchen, die seinerzeitige Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages gewesen ist. In der Öffentlichkeit wurde allgemein der Eindruck erweckt, daß ein schon offenkundiger Justizirrtum hier mindestens beschönigt wurde, denn wenn auch Schiewecks Schuld außer durch Geständnis kaum nachweisbar erschien, die belastenden Momente für den zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Bäder Pöhl waren so schwach, daß eigentlich niemand in Kreisen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte behörden mit Bestimmtheit die Schuld Pöhl mehr zu bezagen vermochte.

Prozessual ergibt sich nun eine eigenartige Lage. Das Geständnis Schiewecks beschäftigte in der Sache Pöhl den Strafsenat des Oberlandesgerichts, bei dem zurzeit noch die Beschwerde Pöhl gegen die Ablehnung der Wiederaufnahme läuft. Gegen Schieweck dagegen kann wahrscheinlich trotz des Geständnisses kein neues Verfahren eröffnet werden, da er mit bemerkenswerter Beschleunigung in der Sache Schulz außer Verfolgung gesetzt wurde, als er sein erstes Geständnis widerrief. Im allgemeinen ist man mit der Außerverfolgung nicht so eilig, man denke nur an den Fall der Frau Neumann, die beinahe zu Tode gequälte wurde, obwohl ein Nachweis ihrer Schuld nicht zu führen war.

Es darf daher wohl erwartet werden, daß der Strafsenat nicht ausschließlich nach formalen Gesichtspunkten, sondern in Anbetracht der ganzen Sachlage, die dringend einer Klärung bedarf, entscheidet und dem unschuldig verurteilten Pöhl die Möglichkeit einer Rehabilitierung — die Gnade hätte er inzwischen schon haben können — gibt. Es geht nicht um den Fall Pöhl, es geht um die Sache des Rechts und damit um das Ansehen der deutschen Justiz.

## Die Finanzlage der Allgemeinen Ortskrankenkasse

### Die Arbeitgeber sind die Schuldigen

Von der Leitung der A.O.K. wird uns mitgeteilt:

Ueber die Finanzlage der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau ist in den Zeitungen in den letzten Monaten schon viel geschrieben worden. Es muß jetzt einmal auch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß an der Finanzlage der Krankenkasse nicht zuletzt auch der Umstand schuld ist, daß die Beiträge zu unpünktlich abgezogen werden. Es bleibt der augenblicklichen Leitung nichts übrig, um die Gläubiger der Krankenkasse vor all zu großem Schaden zu bewahren, als bei der Beitrageinzahlung mit der größten Energie durchzugreifen.

Die Herren Arbeitgeber werden deshalb in ihrem eigenen Interesse gut daran tun, in Zukunft die Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge mit der allergrößten Pünktlichkeit abzuliefern.

Eine durch schnellere Beitragszahlung erfolgende Teilerlösung der Krankenkasse würde zur Folge haben, daß sich die zukünftige Beitragshöhe entsprechend einstellen kann.

Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet außerdem:

Der mit der Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte der A.O.K. Breslau betraute Kommissar hat bezüglich der Sanierung des Unternehmens verschiedene Maßnahmen erwogen. Neben einem Personalabbau soll auch eine Herabsetzung der Gehälter erfolgen. Eine Reduzierung der Leistungen der Kasse kommt nicht in Frage. Trotz dieser Sparmaßnahmen soll es der Kommissar jedoch für erforderlich erachtet haben, daß der A.O.K. ein größerer Kredit zu billigen Zinsen gewährt wird. Wie ein Breslauer Blatt meldet, schätzt man die notwendige Summe auf etwa zwei Millionen. Dieser Kredit soll notwendig sein, um die bisher aufgelaufenen Schulden für Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser usw. abzudecken und die zu hohem Zinsfuß aufgenommenen Kredite abzulösen. Da die Stadt Breslau zur Gewährung eines derartigen Kredites nicht in der Lage ist, werden, nach Meinung des genannten Kommissars, im Interesse der Weiterexistenz der Stadt oder des Reichs eingreifen müssen.

### Mordkommission wurde alarmiert

weil sich eine Frau erschossen hat

In der vergangenen Nacht wurde die Mordkommission nach der Glogauer Straße alarmiert. Dort war in einer Wohnung eine Frau erschossen aufgefunden worden. Die bald eintreffenden Beamten der Kriminalpolizei konnten jedoch einwandfrei feststellen, daß sich die Frau selbst erschossen hat.

Der Verdacht, daß es sich um ein Verbrechen handeln könne, war dadurch entfallen, daß die Wasse in einiger Entfernung von der Toten lag und deshalb zuerst angenommen wurde, die Selbstmörderin könnte sie nicht soweit geworfen haben. Einzelheiten waren bis Redaktionsschluss über diesen Selbstmord nicht mehr zu erfahren.

## Morgen Eröffnung der Gewerkschafts-Lichtspiele

Täglich drei Vorstellungen: 16<sup>1/2</sup>, 18<sup>1/2</sup> und 20<sup>1/2</sup> Uhr  
Erwerbslosen-Vorstellung 16<sup>1/2</sup> Uhr



**DANTON**

### Der große Revolutions-Film

wird vorgeführt. Im Reiprogramm sieht und hört man die Größte: „Kleiner Urquaden — große Wirkungen“, sowie den herrlichen Naturfilm: „Frühling im Volstead“.

Sind Sie im Besitz einer Besucherfreis-Karte?

Wenn nicht, dann eilen Sie in ihr Gewerkschaftsbüro, ins Gewerkschafts-Kulturheim, sowie in die Büros von SPD, Reichsbanner und Volksbühne und in die Linien Vertretungsbüros. Sie sichern sich dadurch billigen Genuß an den Gewerkschafts-Lichtspielen!

### Ueberfall auf einen Wächter

Beim Rundgang durch ein Kino niedergeschlagen

In der vergangenen Nacht, kurz vor 1 Uhr, wurde der in der Vorwerkstraße wohnende Schließer Larnostky von der Nach- und Schließgesellschaft bei einem Rundgang durch die Räume des Gloria-Palastes in der Schweidnitzer Straße überfallen. Als er sich durch den Zuschauerraum ins Privatkontor des Kinos begab, fielen ihn zwei etwa 20-jährige Männer an, die ihn durch einen Schlag auf den Kopf niederstießen und würgten. Die Eindringlinge sollten verhaftet werden, der Tresor anzubohren. Nachdem sie durch den Wächter gestört worden waren und diesen für den Augenblick kampfunfähig gemacht hatten, griffen sie die Flucht und entkamen. Der Ueberfallene konnte sich in das Allerheiligens-Hospital übergeben, wo seine Verletzungen verbunden wurden.

### Folgen schwere Straßenunfälle

Zwei Kinder tot — Zwei Erwachsene schwer verletzt

Im Laufe des Sonnabends und Sonntags ereigneten sich mehrere folgen schwere Straßenunfälle, bei denen zwei Schüler ihr Leben einbüßten.

Der erste dieser Unfälle spielte sich am Sonnabend gegen 13<sup>1/2</sup> Uhr an der Ecke Vorwerkstraße-Brodauer Platz ab. Dort fuhr ein mit Tannentzweig beladener Wagen entlang, hinter dem einige Kinder herliefen, die kleine Reihenglocke herausziehen versuchten. Der in der Tauensteinstraße 138 wohnende achtjährige Schüler Heinz Zimmermann, der sich unter diesen Kindern befand und schnell über den Fahrdamm laufen wollte, wurde von einem entgegenkommenden Lieferauto der Firma Kelling erfasst, da der Führer nicht mehr anhalten konnte. Mit schweren Kopfverletzungen schaffte ihn das Auto sofort in das Krankenhaus Bethanien, wo jedoch nur noch der während des Transportes eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

Gestern mittag lief der achtjährige Schüler Gerhard Wolf aus der Trinitatsstraße 6 am Königsplatz über den Fahrdamm, obwohl ihn ein Polizeibeamter auf ein herankommendes Auto aufmerksam gemacht hatte. Der Junge wurde von dem in der Richtung nach dem Freiburger Bahnhof fahrenden Auto erfasst und ein Stück mitgeschleppt. Obwohl der Wagenführer den schwerverletzten Knaben sofort in das Allerheiligens-Hospital schaffte, konnte auch in diesem Falle nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden.

Schwer verletzt wurde am Sonnabend der radfahrende Laternenwärter Hoffmann aus der Scheitniger Str., der mit seinem Rade über die Kreuzung Brüder- und Tauensteinstraße fuhr und von einem entgegenkommenden Kraftwagen ungeritten wurde, der unvorschriftsmäßig ein anderes Fahrzeug auf der Kreuzung überholt. Der Radfahrer mußte schwer verletzt ins Brückenkloster geschafft werden. Der Autofahrer, ein Student, verlor die Gewalt über den Wagen und fuhr gegen einen Gas-Landabeger, der umgebrochen wurde.

Kurz Zeit darauf rief ein Auto den radfahrenden Wächter Neumann aus der Sternstraße um, der aus Scheitnig hinter die Freiheitsbrücke kam und abbiegen wollte, so daß ihn das hinter ihm kommende Auto erfasste. Auch er wurde schwer verletzt und mußte im Brückenkloster aufgenommen werden.

### SPD.-Beamte

Donnerstag, den 3. November, 20 Uhr, findet eine Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, statt. Referent Genosse Lüdemann. Thema: „Wirtschaftskrise und Beamtenschaft.“



# Sozialistische Frauentouferenz für den Bezirk Mittelschlesien

Die Fortschritte der sozialistischen Frauenorganisation - Breslauer Spalter finden die Provinz verriegelt - Treue zur Partei die Parole

Am Sonntag fand im Breslauer Gewerkschaftshaus eine Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei beschickte Frauenkonferenz statt. Genossin P. Lehmann gab einleitend einen kurzen Bericht über den Stand der Bewegung im Bezirk, der im Vergleich mit den anderen Bezirken im Reich an achter Stelle steht. Wie hoch die durch die Spaltung in Breslau entstandenen Verluste sind, läßt sich nicht genau übersehen, bedeutend sind sie jedoch, das läßt sich schon übersehen, nicht.

### die Spaltung

Die Partei in Dels 28 Frauen und Brieg 12 Frauen, doch wurden in beiden Orten inzwischen auch schon weitere Frauen gewonnen. Somit ist, abgesehen von Breslau, das Werk der Spalter im ganzen Bezirk fast gescheitert. Dem Bericht der Genossin Prochownik für Breslau war zu entnehmen, daß die Breslauer Frauenleitung sich nicht selbständig gewirkt, sondern sich im Schlepptau der Spaltung befunden habe, die die Spaltung vorbereitete. Während der Umfang der Abspaltung noch nicht ganz genau feststellen können, wissen wir, daß inzwischen schon

### über 200 Neuaufnahmen

in Breslau erfolgten, wobei die Frauen mit 60 Prozent beteiligt sind. Was der alte Vorstand an Frauenagitatorien verlegt hat, werden wir nun gründlich nachholen. Das ganze Jahr hindurch wurde in Breslau nicht an der Revolution, sondern an der Revolutionierung der Geister gearbeitet, die mit dem Gedanken des Bürgerkrieges spielten, die den Weg der Partei führen, sind gar nicht die rechten internationalen Friedensapostel.

### Besonders verbrecherisch war ihr Wirken in der Jugend,

mit Phrasen gestützt wurde, daß man „von der theoretischen Seite zur Verhaftung machen“, daß man „vom wissenschaftlichen Sozialismus zum Sozialismus der Tat“ kommen. Wir Frauen können nicht wollen, daß unsere Kinder einmal an den Folgen solcher Lehren verbluten. Wenn auch Material und das Protokollbuch fehlt, so zeigt doch eine schnelle der „Volkswacht“ vom letzten Jahre, daß in den Versammlungen in Breslau meist nicht die Themen behandelt wurden, die im Interesse der Erziehung zum Sozialismus zu behandeln gewesen wären. Den Genossinnen der Provinz sei versichert, daß wir in Breslau nicht entmutigt sind. Ihre Organisation wird sich bald schlagkräftiger als unter dem Namen der Spalter erweisen. (Starker Beifall.)

Inzwischen war die Mittagspause herangekommen. Die Ansprache nach der Pause erstreckte sich in der Hauptache um die Winterhilfe.

Diese Frage schon in allen Berichten berührt war, gab Genossin Zobel-Breslau noch einige Fingerzeige. In Breslau

## Genossin Anforge über die politische Lage

Die Reichstagsabgeordnete Genossin Anforge behandelte die politische Lage. Sie wies auf die 20 Millionen Arbeitslose in Europa, davon fünf Millionen in Deutschland, die in der Winterzeit auf sieben Millionen anwachsen werden, hin. Überall herrscht Erbitterung und diese ist ein schlechter Vorboten bei Wahlen. Das deutsche Volk hat am 14. September 1930 besonders reichlich jene Personen gewählt, die noch Verantwortung getragen haben. Gleich die erste Tagung des Reichstags nach Hause geschickt und es begann

### die Zeit der Notverordnungen.

Sie gab selbst zu, daß die Arbeiterklasse aus Furcht vor sozialer Umwälzung zu schwer belastet wird. Das ist eine Umwälzung in der Arbeiterklasse. Unsere Partei war einerseits und vielfach ungerichtet Kritik ausgeübt. Aber wenn eine Breslauer Verammlung gesagt wurde, die Arbeiterklasse habe sich zu verlieren als die Arbeitslosenunterstützung, dann hat sie eine große Unwissenheit, denn die Arbeitslosenunterstützung ist für viele der einzige Rettungsanker, wegen dem die Partei 1930 aufgelöst wurde. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die nicht zum Vergnügen, sondern aus Verantwortung gegenüber dem Volk. Unsere Partei ist bemüht, gegen die Notverordnungen zu bestehen. Sie hat Erleichterungen für die Arbeitnehmer, die Saisonarbeiter und die Jugendlichen. Da ist es viel leichter, in Breslau eine eigene Partei zu gründen, die keine Verantwortung hat.

### Spießer gegen uns

Denen die kapitalistischen Drogen den Marxismus verantwortlich. Die überhöhten Löhne, die verbündeten Lohnarbeiten und die Sozialversicherung sollen an der Wirtschaft schuld sein, auch sogar am Zusammenbruch der Banken. Der Marxismus ist zum Schlagwort geworden, um den

genossen. Die schlimmste Hecke reiben die Nationalsozialisten überhaupt noch nichts geleistet haben. Als der Reichstag am 11. September zusammentrat, war festzustellen, daß noch so viel Verbrecher hiammen waren. Alle Paragrafen des Strafgesetzbuches reichten kaum aus, um die Verbrechen aufzuzählen, denen sich nationalsozialistisch Abgeordnete schuldig gemacht hatten. Sie haben dann nicht das Geringste getan, um auch nur eines der Verbrechen einzulösen, die sie begangen haben, sondern ließen sie sich nur die Hände waschen, ohne zu arbeiten.

Als endlich der Reichstag wieder einmal zusammentrat, wurden die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen nur die Verantwortung zu führen. Sieht man sich den Stand der Parteien an, so ist die Partei der 60 Pfennige, die nicht werden sollte. Hitler ging zu Hindenburg, um ihn zu überzeugen, gegen die Arbeiter zu gewinnen. Da war es schwer, gegen die Mißtrauensanträge der Volkskammer der Regierung Brünning zu stimmen. Wir haben mit ihm nicht Vertrauen zu Brünning, aber Mißtrauen gegenüber den Nationalsozialisten. Dabei haben wir aber nichts erreicht, gegen die Mißtrauensanträge des Reichstags und gegen weitere Lohnkürzungen zu bestimmen. Jetzt sind wir verurteilt, bis zum 23. Februar, an welchem Tag der Reichstag wieder zusammentritt, das deutsche Volk vor dem Reichstag zu retten.

Der Reichspräsident hat eine Umbildung der Reichsregierung verlangt, weil ihr zum Teil Katholiken angehören. Aber die Mehrheit der Wirtschaft haben es abgelehnt, einen Ministerposten

arbeitet man mit allen Organisationen und Behörden zusammen. Die Arbeiterwohlfahrt hat dazu den Anstoß gegeben. Es empfiehlt sich, überall in gleicher Weise vorzugehen und bei Stadt, Kreis oder beim Gemeindevorsteher den Anstoß zu geben. Wenn etwas nicht klappt, dann wende man sich an die Arbeiterwohlfahrt in Breslau oder an die Winterhilfe.

Genossin Wöllner-Glag führte aus, daß die Verarmten auch geistiger Anregung bedürftig sind. Die Arbeitervereine können sie gelegentlich durch ihre Lieber erfreuen. In Konzerten, Theater und Kinos muß versucht werden, den Erwerbslosen Karten zugehen. Genossin Borchheim fragte an, wieso in Breslau der Stahlhelm vor der allgemeinen eine öffentliche Sammlung veranstalten durfte. Genossin Wöllner erklärte, daß man hiervon zu spät erfahren habe, wo dagegen Schritte zu unternehmen. Genossin Prochownik wies noch auf den glänzenden Verlauf des Frauentag in Breslau hin. All diese Frauen, die damals, kurz vor der Spaltung, ein so erhabendes Treuegelübnis für die Partei abgelegt haben, sie denken mit wenigen Ausnahmen gar nicht daran, der Partei die Treue zu brechen. In Breslau ist neben allerlei Schlechtem auch Gutes geleistet worden, was sich, nachdem manche Hemmnisse gefallen sind, sicher sehr vorteilhaft für die Partei auswirken wird.

Bezirkssekretär Genosse Lehmann rief, alle auf der Konferenz gefällenen Anregungen weiter durchzuführen und für die Partei nutzbar zu machen. Besonders muß es Sache der Frauen sein, mit der Jugend zusammen zu arbeiten. Und auch in den Betrieben muß man sich mehr um die Frauen und Mädchen bemühen. In Breslau ist es so gewesen, daß die Genossin König an einem Bildungskursus nicht teilnehmen mochte, damit die anderen nicht merken, daß sie auch nicht klüger sei als diese. (Seitertzeit.) Aber zur Spaltung reichte dann der Verband.

### Entschließung

Genossin Wöllner möchte wünschen, daß sich die Breslauer Frauen nun am Idealismus der Genossinnen in der Provinz ein Beispiel nehmen, was die Genossin Prochownik später zu der Erwiderung veranlaßt, an Idealismus fehle es den Breslauer Frauen nicht. Sie suchen auch der Provinz als Rednerinnen gern zur Verfügung. Die Genossinnen in der Provinz haben nur das Glück gehabt, bessere Vorstände in den Ortsvereinen zu haben als wir in letzter Zeit in Breslau. Eine weitere Breslauer Rednerin klagt noch ganz außerordentlich über das mangelhafte Interesse der ehemaligen Genossin König gegenüber allen wirklichen Frauenangelegenheiten. Folgende

### Agitationsauschusses,

dem die folgenden Genossinnen angehören: Köhlich-Breslau, Anforge-Waldenburg, Wolf-Brieg, Lerch-Dels, Rotter-Steinau, Wöllner-Reichenbach, Wöllner-Glag, Wackel-Prochownik, Konol, Irma Schwarz und Kuhnert-Breslau, Rehnig-Kattern.

Sie sind verächnpft, weil einer nicht mehr 120, sondern nur noch 12 Aufsichtsratsposten übernehmen darf. Sie mögen auch keine Ministerposten für 24 000 Mark, wo die Siemenskonzerne Direktorengehälter von 800 000 Mark, die Hamburg-Amerika-Linie solche von 600 000 Mark und die Farbenindustrie auch solche von 500 000 Mark zahlt. Und diese Leute ereifern sich über die Arbeitslosenunterstützung. Ein Kanzleirat

zu übernehmen. Sie sind verächnpft, weil einer nicht mehr 120, sondern nur noch 12 Aufsichtsratsposten übernehmen darf. Sie mögen auch keine Ministerposten für 24 000 Mark, wo die Siemenskonzerne Direktorengehälter von 800 000 Mark, die Hamburg-Amerika-Linie solche von 600 000 Mark und die Farbenindustrie auch solche von 500 000 Mark zahlt. Und diese Leute ereifern sich über die Arbeitslosenunterstützung. Ein Kanzleirat

zu übernehmen. Sie sind verächnpft, weil einer nicht mehr 120, sondern nur noch 12 Aufsichtsratsposten übernehmen darf. Sie mögen auch keine Ministerposten für 24 000 Mark, wo die Siemenskonzerne Direktorengehälter von 800 000 Mark, die Hamburg-Amerika-Linie solche von 600 000 Mark und die Farbenindustrie auch solche von 500 000 Mark zahlt. Und diese Leute ereifern sich über die Arbeitslosenunterstützung. Ein Kanzleirat

# Eine Gartenstadt wird versteigert

### Abchluß der Bawelwiz-Weste

Vor dem Amtsgericht Trebnitz finden in diesen Tagen Zwangsversteigerungen von bebauten aber unbewohnten Grundstücken der Gartenstadt Pawelwiz statt. In Kürze soll auch das noch unbebaute Gelände versteigert werden. Die Weste läßt sich, nachdem die Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, die im Jahre 1926 vom Gutsbesitzer Kust ins Leben gerufen war, Schulden in Höhe von einer halben Million Mark hat, nicht mehr aufhalten. Die Versteigerung in Trebnitz erfolgte auf Antrag des Kreises Trebnitz, der für nicht weniger als 1 Million Mark Bürgschaften gegenüber der Schlesischen Bodenkreditbank übernahm, damit diese die ersten Hypotheken für die bebauten Grundstücke bewilligte. Statt 5000 Menschen, wie geplant, konnten bisher erst etwas über vierhundert in 85 Häusern angesiedelt werden. In der Versteigerung wurden 13 Häuser vom Kreise Trebnitz erworben, der sie jetzt zu günstigeren Bedingungen als bisher abstoßen will.

Das unbebaute Gelände wird auf Veranlassung einer Bank zur Zwangsversteigerung kommen. Neben Privatgeldgebern wird auch hier der Kreis Trebnitz und die Regierung in Breslau, die für Herrichtung von Straßen und Anlage von Schulplätzen Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenunterstützung bereitgestellt, geschädigt. Die großen Gläubiger wollen die Siedlungsgesellschaft aus den Grundbucheinträgen heraus haben. Sie hoffen, daß es dann möglich sein wird, die weitere Bebauung billiger als bisher durchführen zu können. Durch Verhandlungen mit dem Regierungsräsidenten hat man zunächst eine Senkung des Zinsfußes für die öffentlichen Hypotheken und die Bewilligung eines Zinswiderrücktritts für die Privathypotheken, ferner noch eine Zinswiderrücktritt erreicht.

Im Versteigerungstermin trat nur der Vertreter des Kreises als Bieter auf, der die Grundstücke in Höhe der ersten Hypotheken nebst Hauszinssteuer-Hypothek und der rückständigen Steuerbeiträge erwarb.

### Herr Lehrer Marquardt in Sindel

amtiert zum Bedauern seiner Mitmenschen, die seinen alkoholischen Vorzügen gegenüber nicht durchweg das nötige Verständnis aufbringen, immer noch in Sindel. Wir hatten uns, wie unseren Eltern häufig noch in Erinnerung ist, schon einmal sehr ausführlich mit diesem Mutterbeispiel einer Pädagogin wie sie nicht sein soll, beschäftigt und im März 1930 folgende Fragen an ihn gestellt:

It es wahr, daß sie für schlechte Leistungen Kinder mit Erziehung der Frauen, mit Schlägen - wobei sich die Geschichteten in eine besondere, etwas merkwürdige Stellung bringen müssen - mit Vorher und mit Arrest bestrafen; ist es wahr, Herr

hat wohl die Auffassung vertreten: ein Liter Suppe und ein Pfund Brot am Tage sei als Unterstüßung genug. Neben dem

### Hunger der Arbeitslosen

will man aber auch den Hunger derer, die noch in Arbeit stehen. Man verlangt den Abbau der Löhne und Gehälter zum Zwecke der „Kapitalbildung“. Die Leute, die so nach Kapital streben, das sind dieselben, die die Döhrle einheimen und die Sanierung der Banken, der Industrie und der Landwirtschaft vom Staate verlangen.

Jetzt ist ein Wirtschaftsrat von 19 Unternehmern und neun Arbeitervertretern gebildet worden, der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten tagt. Er tagt geheim und Sache der Gewerkschaften ist es, über die Interessen der Arbeiterklasse zu machen. Wer die Macht hat, nützt sie aus, das tun die Sieger vom 14. September. Daran ist nicht der Marxismus schuld, sondern die Wähler selbst. Nicht nur die Arbeiterklasse hat bei der letzten Wahl verjagt, sondern auch das Kleinbürgertum, das vom Wohlergehen der Arbeiterklasse abhängig ist. Die Spaltung der Arbeiterklasse ist nicht nur bedauerlich, sie ist vielmehr das größte Verbrechen, das sich denken läßt. Die Spalter sind sich bewußt, in welcher politischen Lage sich die Arbeiterklasse befindet, scheuen sich trotzdem nicht in dieser Zeit die Arbeiterklasse zu schwächen. Es freut mich, daß sie die Resolution gegen die Spalter einmütig angenommen haben. Wenn wir heimwärts gehen, dann mit dem festen Vorsatz, dafür zu sorgen, daß die Tätigkeit der Spalter bald ihr Ende findet. Wir treten ein

### für die Einigkeit

der Arbeiterklasse. Bei den kommenden Landtagswahlen werden wir Frauen geschlossen gegen die Reaktion auftreten. (Beifall.)

Inzwischen war die Zeit so weit vorgeschritten, daß die Genossin Wolf-Brieg nur noch sehr kurz auf die Verhandlungen des Internationalen Kongresses und der Frauentouferenz in Wien eingehen konnte, wo insbesondere eine ungarische Genossin die Frauen machte, mit beiden Händen fest am Schiffe der Demokratie festzuhalten.

Nach kurzen Schlussworten erreichte die Konferenz mit dem gemeinsamen Gesang eines Liedes so harmonisch ihr Ende, wie sie in allen Teilen fruchtbringend verlaufen war.

## Schneestürme im Gebirge

Am Freitag nachmittag kam es im Gebirge zu schweren Stürmen, die auch am Sonnabend vormittag anhielten. Das Observatorium Breslau-Krieken registrierte eine Windgeschwindigkeit von 30 Meter pro Sekunde. Die Sturmböen waren von starkem Schneetreiben begleitet.

Im schlesischen Gebirge hat sich bereits eine geschlossene Schneedecke ausgebildet. So meldet Bad Reinerz 6 Zentimeter, Bad Flinsberg 20 Zentimeter Schneehöhe. Auf dem Kamm des Riesengebirges sind größere Schneemengen niedergegangen, die jedoch infolge des herrschenden Sturmes stark verweht sind. Die Reißergerbaude meldet eine Schneehöhe von 30 bis 50 Zentimeter bei minus 8 Grad. Da die geschlossene Schneedecke bis in die Täler hinabreicht, werden bereits gute Sportmöglichkeiten für Ski und Kodel gemeldet.

### - und im Flachland

Hinter Seichau brach der Sturm zwei Eisenmasten um, so daß die 40 000 Volt-Leitung der Provinz gestört wurde. Die Stadt Jauer konnte durch Umstellungen vor größeren Störungen in der Stromversorgung bewahrt werden. Im Kreise Landeshut richtete der Sturm in verschiedenen Orten Schäden an den Leitungen der Stromversorgung und an den Fernsprechleitungen an. In Wolfersdorf ist eine völlige Unterbrechung der Stromzuführung. Infolge Schneeverwehungen konnte die Straße Kimmertal - Großer Hau im Kreise Volkshain von Fahrzeugen nicht mehr befahren werden.

## Betrunkener schießt auf seine Mutter

In einem Lokal in Fronzdorf, Kr. Steinau, kam es im Verlaufe einer Anekdote zu Streitigkeiten. Der angeheirte Holzschuhmacher Kötter aus Breslau zog seinen Revolver und schloß auf seine Mutter sowie den Lehrer Wilhelm. Beide mußten schwerverletzt ins Steinauer Krankenhaus gebracht werden.

## Eine Gartenstadt wird versteigert

Lehrer, daß ein in Arrest befohlener Junge am Vorkahlstage von 10 Uhr früh bis 15 Uhr nachmittags in der Schule verweilt wurde, daß die Kinder während der Pausen nicht in den Schulhof dürfen, sondern sich auf der Straße aufhalten?

It es wahr, Herr Lehrer, daß Sie im Jahre 1927 einen siebenjährigen Jungen solange züchtigten, bis er vom Stuhl fiel und den Boden benetzte, daß Sie dann das unglückliche Kind zwingen, den Boden aufzuwischen und sich den Lappen einzuzwickeln?

Angeblich sollte die Klärung dieser Fragen damals von übergeordneter Stelle versucht werden. Aber bis heute hat man nichts davon gehört, auch der Vorkahl zog es vor, schweigend zu behaupten, daß er nicht ohne Grund gefragt wurde. Herr Marquardt scheint besonders rücksichtslos Vorgesetzte zu haben. Sonst würden nämlich nicht nur unsere Anfragen, sondern auch die zahllosen Beschwerden aus dem Orte mindestens zu einer Verurteilung des Herrn Marquardt geführt haben. Oder hält es die Schulabteilung für angebracht, daß ein Lehrer sich bis gegen 2 Uhr nachts mit 17-jährigen Jugendlichen im Gasthaus aufhält, daß ein Lehrer sich uneingeladen an einer Hochzeit mit alkoholischen Getränken verjagt, bis er seiner Sinne nicht mehr fähig, die Beschwerdeführer gegen ihn öffentlich mit „Verge“ beschimpft und dann am Tische einschläft?

Wenn weitere Schritte vermieden werden sollen, wäre es zweckmäßig, die Schulabteilung würde diesem begabten Pädagogen eine andere Anwendung seines vielseitigen Betätigungstriebes ermöglichen.

Brodau, Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 25. bis 31. Oktober wurden folgende Uebertretungen zur Anzeige gebracht: Radfahrverkehr 5, Gewerbepolizei 3, Pflichtfeuerwehr 1.

Kanth. Sturz auf den Bürgersteig. Gestern in früher Morgenstunden fuhr ein hiesiger Autobesitzer mit seinem Wagen auf den Bürgersteig und landete an einem Baum. Das Auto wurde in stark demoliertem Zustande abgehleppt. Die feuchtschlüpfrigen Zufassen kamen wie durch ein Wunder mit dem bloßen Schreck davon.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt/Nimptsch  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau) Zimmer 170-171  
Telephon 5905, 5901  
Sprechstunden: Dienstag Mittwochs Freitag von 9 bis 12 Uhr  
Saunders, Donnerstag, den 3. November, 20 Uhr, bei Matzold  
Frauenversammlung, Rednerin: Genossin L. Brandt.

Die Vorgänge bei der Schultheiß-Bahrenhofer Brauerei

Der Delegierte des Aufsichtsrates der Schultheiß-Bahrenhofer Brauerei A.G., Berlin, Dr. Schifferer, hatte die Vertreter der Presse zu einer Besprechung eingeladen...

- 1. Aufklärung der Konjunkturalgeschäfte und ihrer Zusammenhänge; 2. die Beziehungen zu den Schultheiß-Tochter- und Untergesellschaften...

Aus diesem Grunde sei der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der Schultheiß-Bahrenhofer A.G. in Vertolg des in der letzten Sitzung gefassten Beschlusses...

Wegen Spionageverdacht verhaftet

Unter dem Verdacht der Spionage wurden der Schuhmacher Richard Kufmann und seine Ehefrau festgenommen. Die Verhaftung erfolgte, nachdem schon vor einiger Zeit eine Frau...

Die Schuld wird klar!

Eine weiße Ahnung: zwei Eltern haben den Calmette-Impfstoff weggegeben

In der Sonnabendverhandlung des Calmette-Prozesses wurde die Vernehmung der Hebammen und Schwestern fortgesetzt. Annähernd 24 Schwestern haben die Fütterung bei Kindern durchgeführt...

Die Vernehmung der Hebamme Marlen aus Schwartau brachte eine Ueberraschung. Der Frau ist das Mittel von einer Schwester der Tuberkulosefürsorge in Lübeck als 'eine schöne Sache...' empfohlen worden...

Das Ergebnis der Vernehmung der bisherigen Zeugen stützt die Anklage ganz erheblich. Eindeutig wird von den Schwestern beider, daß auch noch nach dem verhängnisvollen 26. April, an dem Dr. Altmacht die Schädlichkeit des gezeigten Calmette-Mittels bereits bekannt war...

Durch diese eisdliche Feststellung werden Dr. Altmacht und die anderen Angeklagten belastet. Die Angeklagten wußten nach der Festierung von der Schädlichkeit...

Millionschweigegeelder?

Die Kontursverwaltung der vor kurzem zusammengedrückten Laugenoffenschaft des Deutsch-Engelischen Volksbundes hat gegen den Generaldirektor Wilhelm Joppel vom Reichsausschuß für Innere Mission...

Leinerzeit von der Laugenoffenschaft des Deutsch-Engelischen Volksbundes über die Innere Mission an verschiedene Leute geschickt worden sein sollen. Die Gegenleistung der Bestohlenen soll darin bestanden haben, daß sie über unlaute Machenschaften, Fehldispositionen und Fehlspekulationen geschwiegen haben...

Die 'Garde' der Klarets

Im Berliner Klaretsprozeß wurde am Sonnabend der angeklagte frühere Stadtrat Gabel vernommen. Gabel soll die Klarets durch Rundschreiben an die städtischen Bezirksämter, in denen eindringlich empfehlend auf den Klarets-WG-Vertrag hingewiesen wurde, bewußt begünstigt haben...

Der Röntgenologe Holznecht



Der Wiener Röntgenologe Professor Guido Holznecht ist im Alter von 60 Jahren als Opfer seiner Forschungen gestorben. Er war an Röntgenkrebs erkrankt, der vor einiger Zeit die Amputation eines Armes notwendig machte...

Der Lehrer als Mörder

In Kiel erschlag der 30-Jahre alte Hilfslehrer Berthold die 18 Jahre alte Abiturientin Lotte Kasperek mit einem Holz. Dann brachte sich der Täter selbst tödliche Verletzungen bei. Eiferjucht ist das Motiv der schrecklichen Tat.

Weitere Schneefälle auf dem Hochschwarzwald

Wolfsjüme haben am Freitag dem Hochschwarzwald weitere, für diese Jahreszeit ungewöhnlich harte Schneefälle gebracht. Auf dem Feldberg liegt schon eine Schneedecke von durchschnittlich einem Meter, an einzelnen Stellen sogar 2 Meter...

Eisenbahnanschlag in Bad Reichenhall-Kirchberg

Wie die Reichsbahndirektion München mitteilt, wurden in der Nacht zum Sonntag im Bahnhof Bad Reichenhall-Kirchberg in verdeckter Weise Schottersteine und zwei Rundhölzer von etwa ein Meter Länge und 20 Zentimeter Durchmesser in eine Reihe des Hauptgleises eingeklemmt...

Sechs Verletzte bei einem Kraftfahrad-Zusammenstoß

Zwei Kraftfahradfahrer, von denen das eine mit einem Ehepaar und dessen siebenjähriger Tochter, das andere mit zwei Herren und einer Dame besetzt war, stießen gestern Abend in Eisen an...

Die Geschichte von der Spitzmaus und der Zittermaus

Von G. Th. Notman.



11. Zeit wäre es zum Kampf gekommen, als wir auf einmal die Zuderschale entdeckten. Eins, zwei, drei, trocken wir alle hinein. 'Higittegittegitte, ich bleibe!' piepste Zittermaus da und sprang auf den Tisch...

12. Sams, burns! Da hörten wir Schritte im Flur, und eine Tür quackte. 'Ein Mensch! Ein Mensch!' klangen wir und hobten tödlich erschrocken auseinander. Ich kicherte schnell mit der Gerda Knabberbart in die Decke...



einer Straßenkreuzung mit voller Wucht zusammen. Das Paar und die Dame erlitten schwere Schädelverletzungen, die beiden Herren und das Kind wurden so verletzt, daß ihre Lieferung ins Krankenhaus notwendig war.

Prozeß der sieben Frankfurter

Die Verhandlung im Yanag-Prozeß am Sonnabend war von ganz kurzer Dauer. Es wurden drei Zeugen vernommen, die früher bei der Yanag tätig waren und die sich über die Verteilung äußern sollten. Der Zweck dieser Zeugenvernehmung war, festzustellen, ob der Angeklagte Schumacher die Yanag in die Hände bekam...

Saffran und Ripnik begnadigt

Die im März d. J. wegen Mordes und Brandstiftung zum Tode verurteilten Saffran und Ripnik sind vom Reichsstaatsministerium begnadigt worden.

Explosionsunglück auf einer schottischen Kohlengrube

10 Tote Eine schwere Explosion, die sich auf der Bowhill-Zeche der Grafschaft Fife ereignete, forderte zehn Menschenleben. Es gelang noch nicht, die Leichen zu bergen. Die Rettung wurde viele Stunden lang gearbeitet, um an die geschlossenen Bergleute heranzukommen...

Schwerer Verkehrsunfall in Monza

21 Verletzte Eine Straßenbahn stieß in Monza mit einem Lastwagen zusammen, auf dem sich 30 Rekruten befanden. Von den Rekruten, die sich auf dem Wege nach Mailand befanden, wurden 4 schwer und 17 leichter verletzt. Der Anprall war so heftig, daß der Kraftwagen auf die gegenüberliegende Straßenseite geschleudert worden war.

Erdbeben in Ungarn

In Sztergom wurde am Sonnabend nachmittags ein stärkeres Erdbeben verspürt, das einige Sekunden dauerte.

Ein Kind gepfändet

In dem bessarabischen Dorf Patrolos wurde ein Kind durch den Gerichtsvollzieher der Gemeinde, der im Hause eines wegen nichtbezahlter Steuern vergeblich einen Versteigerer zu pfänden suchte, den zehnjährigen Sohn des Pächters gepfändet. Der rabiate Vollstreckungsbeamte nahm das Kind mit sich und gab es der Frau des Gemeindeführers, mit der strengste Verfügung, es nicht ohne seine Erlaubnis den Eltern zurückzugeben...

Choleraepidemie in Persien

In der Gegend von Ahwas ist eine schwere Choleraepidemie ausgebrochen. Der Leiter des Regiments in Ahwas hat sich mit mehreren Ärzten und Serum nach Teheran begeben, um dort von Kranken im Flugzeug von Teheran nach dem Ort Epidemie begeben.

Engler in Nordafrika

Der deutsche Jaktbootsegler Kapitän Erik Engler hat kürzlich von Libanon aus gestartet, um über die Kanarischen Inseln nach Amerika zu segeln. Ihn durch einen Sturm nach Nordafrika abgetrieben worden. Engler liegt bei Capabianca der Küste.

Der gefährliche Bahnübergang

Nach einer amerikanischen Statistik wurden in den 5 Monaten dieses Jahres durch Unfälle an Eisenbahnen 628 Personen getötet, gegen 808 in der gleichen Periode des Jahres. Die Zahl der Unfälle betrug 1899.

Proleten zeigt:

- ab 30. Okt. 1931 'Gassenhauer' od. 'Unter den Dächern von Breslau' ab 6. Nov. 1931 'Feld im Blut' u. 'Von Australien nach Asien' ab 13. Nov. 31 Richard Tauber Die große Attraktion





## Schiedspruch für die Gemeindearbeiter

### Lohnkürzung von 4 1/2 Prozent für 315000 Arbeitnehmer Soll das die Kaufkraft stärken?

In den frühen Morgenstunden des 1. November fällt die Schlichterkammer im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Schlichters Dr. Friedländer einen Schiedspruch, der sämtliche am 31. Oktober abgelaufenen Bezirkslohnverträge und örtliche Lohnverträge und Lohnregelungen mit Wirkung vom 1. November 1931 wieder in Kraft setzt. Der Spruch kürzt das Einkommen von rund 315 000 Gemeindearbeitern und Straßenbahnern um 4 1/2 Prozent. Die vielumstrittenen Lohnschlußklauseln der Frühjahrsabkommen, die bei einer gewissen Verkürzung der Arbeitszeit die damaligen Stundenlöhne aufrechterhielten, sind dahin abgeändert worden, daß ihre Bestimmungen ab 1. November 1931 nur auf die am 1. November 1931 in den Betrieben befindlichen Arbeiter angewendet werden, die 46 Stunden und weniger, ab 1. Januar 1932 44 Stunden und weniger arbeiten. Für gewisse Betriebe, in denen besondere Verhältnisse vorliegen (Pflegeanstalten, Forstarbeiter, Straßenbahner) können die Parteien bezüglich der Stundenlöhne eine den bezirklichen oder örtlichen Verhältnissen angepaßte Abänderung im Einverständnis miteinander vereinbaren. Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist zum Monatschluß erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden.

Die Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands haben durch diesen Schiedspruch im Laufe dieses Jahres zum dritten Male eine Lohnkürzung über sich ergehen lassen müssen. Die direkten Lohnkürzungen betragen damit etwa 18 bis 19 Proz. Darüber hinaus sind durch Arbeitszeitverkürzungen, Lohnkürzungen eingetreten, die trotz der Sicherungsklauseln das Einkommen zahlreicher Gemeindearbeiter und Straßenbahner um ein Drittel verringert haben. Wir haben in früheren Mitteilungen auf diese Dinge hingewiesen und auch über die finanziellen Entlastungen, die den Kommunen durch diese Maßnahme entstehen. Neben den auf etwa 170 Millionen Mark zu schätzenden Einsparungen aus Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen tritt erneut ein Betrag von rund 30 Millionen Mark. Was bedeuten demgegenüber alle schönen Erklärungen des Reichstanzlers und des Arbeitsministers, daß Lohnkürzungen nicht das letzte Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise sein dürfen?

Die Reichstarifkommission der Gemeindearbeiter und Straßenbahner und die Bezirksleiter des Gesamtverbandes haben am Sonntag, dem 1. November, zu dem Schiedspruch Stellung genommen. Einmütig war die Beurteilung der neuen Lohnsenkung durch die Konferenz. Aus zahlreichen Bezirken wurden Erklärungen abgegeben, daß die dortigen Gemeindearbeiter und Straßenbahner unter keinen Umständen kampflos die neue Kürzung über sich ergehen lassen würden.

Da die Schiedsprüche, obwohl in Form und Inhalt gleichmäßig für 25 Bezirke gelten, die bisher in ihren Lohnentscheidungen selbständig waren, haben der Verbandsvorstand des Gesamtverbandes und die Reichstarifkommission die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Schiedsprüche in die Hände der einzelnen Bezirke gelegt, deren Entscheidungen in dieser Woche fallen. Der Gesamtverband läßt jedoch darauf aufmerksam machen, daß Abwehraktionen nur im Einverständnis und mit Zustimmung der Verbandsinstanzen aufgenommen werden dürfen.

## Wirtschaftskrise und Theater

### Ein bedeutender Tagesordnungspunkt auf der Reichskonferenz der Fachgruppen für Theater, Lichtspiele und Varietés

Unter außerordentlich harter Vereiligung trat am Freitag in Darmstadt die Reichsfachgruppe Theater, Lichtspiele und Varietés des Gesamtverbandes zu ihrer ersten Reichstagung zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen steht die Theaterkrise. Der Leiter der Tagung, Steiner-Berlin vom Gesamtverband, sprach über die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf die Theater.

Bei der Bedrohung der Theater durch Sparmaßnahmen und Notverordnungen, so führte Steiner aus, darf nicht vergessen werden, daß die Bühnen eine kulturelle Mission zu erfüllen haben. Jedes Mitglied des Theaters vom Prominenten bis zum letzten Arbeiter muß an die Gesamtheit denken. Die Befähigung der Theaterleute geht nicht, wie so oft behauptet wird, nur von den Kollektivgruppen aus. Die Anleihebankaffäre ist ja eine zu berechtigte Sprache. Die reichsten Gruppen der Theater sind bereit, Opfer zu bringen, sie fordern nur, daß die Opfer gleichmäßig verteilt werden. Die Ausgabe der Staatsverträge noch manche Kürzung. Vor allem muß dem Unjug der Heberhunden gekehrt werden. Ebenso läßt sich in der Besetzung einzelner Kunstfächer sparen. Die Ausstattung kann rationaler arbeiten. Der Verwaltungsapparat ist vielfach unnötig aufgebauert. — Steiner schloß mit einem scharfen Appell an die Theaterleiter, sich ihrer Verantwortung dem Volk gegenüber bewußt zu bleiben. Theaterführer an die Front! „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben!“

In der Aussprache, an der sich vor allem Redner aus Hamburg, Mannheim, Köln und Dresden beteiligten, wurde allgemein gefordert, daß im Theaterbetrieb mehr als bisher kaufmännische Grundzüge Platz greifen müssen. Dr. Kerpelke-Berlin sprach über das Thema: Werden Rundfunk und Tonfilm die Sing- und Sprechbühnen verdrängen?

Die Darmstädter Reichstagung der Theater-, Lichtspiele- und Varietés-Fachgruppe des Gesamtverbandes beschäftigte sich am Samstag mit organisatorischen und gewerkschaftlichen Fragen. Die Organisation erstreckt sich, wie Fischer-Berlin in seinem

Bericht über „Die Theaterarbeiter im Rahmen des Gesamtverbandes“ mitteilte, auf 198 Theater (18 staatliche, 59 städtische, 27 gemischtwirtschaftliche, 24 Fachtheater mit städtischen Zuschüssen und 65 Privattheater) und 5200 Kinos. In diesen Betrieben sind rund 14 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Davon sind 8000 in der Reichsfachgruppe und tausend anderweitig gewerkschaftlich organisiert. In den Theatern sind

## Terror gegen die Landarbeiter

Der Kampf der landwirtschaftlichen Arbeitgeber gegen den Arbeiterlohn nimmt immer kräftigere Formen an. So wird aus Waldhaus, Kreis Briesg, mitgeteilt, daß der Arbeitgeberverband durch seine Mitglieder den Arbeitern Reverse zur Unterschrift vorlegen läßt, worin sich der Unterzeichner für den Fall, daß nach Ablauf des von den Arbeitgebern gekündigten Tarifvertrages (1. Januar 1932) ein neuer Vertrag nicht zustande kommt, verpflichten soll, zu den von den vom Arbeitgeber festgesetzten Lohnsätzen zu arbeiten. Die den Arbeitern des Dominiums Waldhaus vorgelegten Reverse haben z. B. folgenden Wortlaut:

„Der bestehende Arbeitsvertrag wird darin abgeändert, daß vom 1. Januar 1932 ab für die Zeit eines etwaigen tariflosen Zustandes hinsichtlich der Sarentlohnung die vom Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband herauszugehenden Richtlinien maßgebend sind.“

## Batas zweite Offensive

### Der unbefannte Diktator sucht Abzug

Der tschechische Schuhfabrikant Bata, schon längst nicht mehr der unbefannte Diktator, schied sich zum zweiten Male an, Deutschland für sich als Abzugsgebiet zu erobern. Der erste Angriff, vor einigen Jahren in Szene gesetzt, wurde von deutscher Seite mit Hilfe scharfer Rationalisierungsmaßnahmen, erhöhter Schutzölle und weiter dadurch zurückgewiesen, daß man Bata zwang, das deutsche Sozial- und Tarifrecht anzuerkennen. Die von Bata gekauften Romeo-Schuhgeschäfte führten in wirtschaftlicher Hinsicht ein bescheidenes Dasein; um häufiger machten sie jedoch in der ersten Zeit durch grobe Verletzungen sozialpolitischer und rechtlicher Vorschriften von sich reden. Das Berliner Kammergericht hat „es als erwiesen erachtet“, daß in den Betrieben der Firma Bata „Ausbeutung der Arbeitnehmer in der Tat vorliegt.“ Andere Gerichte und die Gewerbeaufsichtsämter haben sich mit dem Versuch Batas beschäftigt, tschechische Methoden nach Deutschland zu verpflanzen.

Das System Batas brachte es mit sich, daß die Angestellten oftmals zu ungeheurer Mehrarbeit herangezogen wurden. In einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Berlin-Nichtenberg kam zur Sprache, daß die Verkäuferinnen einer Romeo-Filiale wochenlang oftmals bis 2 oder gar 3 Uhr nachts arbeiten mußten.

Als diese Verkäuferinnen eines Abends gegen 20 Uhr das Geschäft verlassen wollten, um zur Betriebsratswahl zu gehen, wurden sie von dem Filialleiter mit trübseliger Entlassung bedroht.

Vor allem war Bata nicht gut auf die Betriebsräte zu sprechen. Um sie loszuwerden, wurde unter dem Vorwand, die Romeo-Schuh-A.G. werde liquidiert, allen Angestellten gekündigt. Als die Angeklagten vor dem Gericht mit guten Gründen darauf hinwiesen, daß hier eine Täuschung vorliege und eine Aufgabe der Geschäfte nicht beabsichtigt sei, nahm die Firma die Kündigungen zurück. Inzwischen hatte Bata von den deutschen Unternehmern gelernt, schwache Stellen des Betriebsrätegesetzes auszunutzen. Er entließ einzelne Angestellte und zahlte beträchtliche Abfindungssummen; aber er erreichte, daß die Firma bzw. Filialen nicht mehr betriebsratspflichtig war. Nach jahrelangen Kämpfen und nachdem sich Bata zur Zahlung erheblicher Abgangsschadigungen bequemt hatte, schieden die Betriebsräte aus.

Während sich Bezahlung, Arbeitszeit, Urlaub und dergleichen der in Deutschland tätigen Bata-Angestellten nach den Tarifverträgen richten, dürften die Filialleiter inzwischen reiflos die Filialen in eigener Regie übernommen haben. Aber die oft mit Recht kritisieren und in vielen Punkten gegen deutsches Recht verstoßenden Filialleiterverträge lassen der Wirt für Batas durchaus nicht freie Bahn. Ein Filialleiter wurde z. B. fristlos entlassen, weil er ein Konto von 1800 Mark veruntreut haben sollte.

Der Filialleiter wies jedoch nach, daß die von Bata herausgegebene Geschäftsanweisung so unüberprüflich und verlässlich sei, daß derartige Differenzen überall entstehen können. Ein vom Gericht beauftragter vereidigter Buchschreiber hat in einem ausführlichen Gutachten die Angaben des Filialleiters in vollem Umfang bestätigt und schließt, daß ihm Baten, die den von Bata verlangten Beitrag ausmachten, nicht gutgeschrieben waren. Der Filialleiter gewann keine Klage.

Durch keinen ersten erfolglosen Vorstoß hat Bata lediglich die deutsche Schuhindustrie zu scharfer Rationalisierung gezwungen, mit dem Erfolg, daß zwar die deutsche Schuhhausindustrie erheblich krieg, aber Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit der deutschen Facharbeiter einen ungeheuren Umfang annahm. Die allgemeine Kaufkraftverminderung führte zu weiteren Produktions-Einsparungen und Betriebs-Stilllegungen, so daß im Augenblick die Kapazität der deutschen Schuhindustrie nur mit zirka 50 Prozent ausgenutzt ist. Was bei diesen Zuständen ein erfolgreiches Vordringen Batas auf dem deutschen Markt bedeuten würde, liegt auf der Hand. Selbst durch die jetzt langem projektierte deutsche Fabrik Batas (deren Bau aber noch nicht einmal begonnen sein soll) und die Be-

65 Prozent der Arbeitnehmer durch die Organisation erfaßt. Höchst unbefriedigend ist das organisatorische Verhältnis in Kinos. Hier muß trotz der bestehenden Schwierigkeiten eine systematische Werbung einleiten, damit dem Kinopersonal menschenwürdige Arbeitsbedingungen gesichert werden können.

In Fischers Vortrag wie in der sich daran anschließenden Aussprache wurden auch die Fragen der Arbeitszeit, der Schwere der Arbeit und des Doppelverdienstes durch Pensionäre beleuchtet. Von Reuter-Berlin wurde vor allem geltend gemacht, daß trotz der verbindlichen Zusage des Städtetages an städtischen Theatern Schäftigungszeiten von weit über 48, ja bis 66 Wochenstunden vorliefen. Hier Wandel zu schaffen sei eine Hauptaufgabe des Verbandes. Für die Theaterarbeit dürfe es kein Ausnahmerecht geben. Der Verband der Theaterführer und die planlose Ausbildung an den Vorführschulen die ein Heer von Erwerbslosen schaffe, wurden scharf kritisiert.

Dr. Günther vom Berliner Film- und Bildamt sprach nach Abschluß der Beratung der Organisationsfragen über Technik der Filmherzeugung.

Ein Teil der Arbeiter hat die Unterzeichnung der Reverse abgelehnt. Die Folge war in den meisten Fällen die Kündigung. Dabei sollen einige Arbeitgeber erklärt haben, daß sie eine Konventionalstrafe in Höhe von 500 Mark an den Arbeitgeberverband entrichten müßten, wenn sie die Nichtunterzeichnung der Reverse nicht mit Kündigung beantworten.

Der Deutsche Landarbeiterverband ist gegen diese Vergewaltigung der Landarbeiter mit einer Klage vorgegangen, die sich gegen den Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für die Provinzen Ober- und Nieder-Schlesien richtet und vor dem Arbeitsgericht Breslau zur Verhandlung kam. Die Klage, die in dem Vorgehen der Landarbeiter einen Verstoß gegen die guten Sitten und eine Verletzung der Friedenspflicht sieht, wurde unbegreiflicherweise abgewiesen. Gegen das mehr als merkwürdig anmutende Urteil ist deshalb beim Landesarbeitsgericht Berufung eingelegt worden.

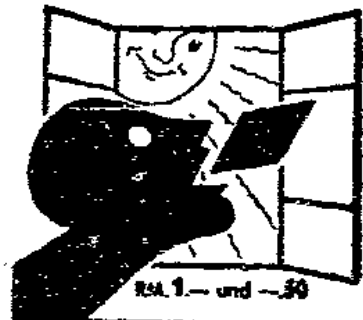
Die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte würde die Arbeitslosigkeit deutscher Fachkräfte kaum in einem wünschenswerten Umfang behoben werden. Gegenteil, die Auswahl des künftigen Betriebsstandortes ist die Bata eigenen „sozialpolitischen Gesichtspunkte“ klar erkennen. Zweifellos hätte Bata durch Kauf einer deutschen Fabrik eine geeignete Fabrikationsstätte gefunden. Als nämlich die Verhandlungen zwischen der Preußenregierung und Bata wegen der Verkaufs-Klondiker Waldes unterbrochen waren, sollen ihm in einigen Städten der Pfalz Angebote gemacht worden sein. In diesen Angeboten hat Bata keinen Gebrauch gemacht, obwohl diesen Städten eine genügend eingearbeitete und sachlich geschulte Arbeiterschaft vorhanden und die Entwicklung der ansässigen Industrie zur Herstellung der erforderlichen Halbfabrikate am weitesten fortgeschritten ist.

In Oberschlesien glaubt Bata die primitive Bevölkerung zu finden, die billige Arbeitskräfte stellt. Er glaubt, keinen tariflichen Bindungen unterstellt zu werden und von der Beaufsichtigung durch verhasste Gewerkschaften befreit zu sein. In Oberschlesien hofft Bata sein System, das einmal treffend die Kombination „osteuropäischer Arbeitskräfte und slawischer Geduld mit westeuropäischen Maschinen und amerikanischer Fließarbeit“ genannt worden ist, verwirklichen zu können.

Aber auch die angeblich geschickte Auswahl des Betriebsstandortes wird Bata nicht viel nutzen. Der preussische Handelsminister hat neulich im Landtag ausdrücklich betont, daß die Deutsche Schuh-A.G. Bata und die von ihr eröffneten Schuhwarengeschäfte und Reparaturanstalten eine juristische Person deutscher Rechts seien und daß die Gesellschaft mit allen ihren Zweigniederlassungen den steuerlichen und gewerbepolizeilichen und sonstigen Vorschriften unterstehe, wie viele anderen in Deutschland betriebenen Unternehmungen. Damit fallen die deutschen Bata-Unternehmungen unter das deutsche Sozialtarifrecht und auch Bata dürfte inzwischen erfahren haben, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Tätigkeit dort am nachdrücklichsten und erfolgreichsten entfalten, wo sie am meisten erwünscht werden.

Zweifellos hat Bata mit seinen Plänen erneut Unrecht in die deutsche Schuhindustrie gebracht. Unseres Erachtens steht jedoch kein Anlaß dazu, den Kopf zu verlieren. Ob der zweite Vorstoß erfolgreicher sein wird, ist abzuwarten; die wehrkräftigen sind jedenfalls sehr reg. Die deutsche Schuhindustrie hat, ohne von Bata deswegen bisher verklagt worden zu sein, behauptet, daß die in Deutschland produzierten Schuhe allgemein besser in Qualität, Preis und Passform seien, als die Produkte Batas. Die Steigerung der deutschen Schuhhausindustrie zu bestätigen. Das System Bata wird den Eigenheiten der deutschen Verbrauchers kaum im erforderlichen Umfange tragen und deshalb dürfte Bata der deutschen Schuhindustrie keine nennenswerte Konkurrenz werden.

Den deutschen Unternehmern aber, die Bata als erwünschten Vorwand für Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für ihre Angestellten oder Arbeiter nutzen wollen, sei an dieser Stelle schon mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sie damit ebenfalls den schärfsten Widerstand der Gewerkschaften und der Öffentlichkeit herausfordern werden. Es gibt betartige Unternehmer!



Pflege Deinen Hals täglich ... gurgle trocken mit

Wahner

es gehört das zur Hygiene wie das Putzen Deiner Zähne!